

Arbeiter-Zeitung

Regel
zum Sonntag!

Vertriebstag: 10 Pf.
Preis: 10 Pf. + 50 Pf.
die von dem
Kassierpreis:
Raum 12 Pf. Vereins-
preis: Die dreifache
10 Pf. — Schluss der
8 Uhr: in den Filialen

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der A.D., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (Wirtg 1920 ermordet)

Druckereipostamt: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50. Tel. 560 29.
Druckereipostamt: Breslau 544, Reibaktion: Breslau, Trebnitzer
Straße 50. Tel. 539 02. Sprechzeit der Redaktion von 12—13,
Montag bis Freitag von 17 bis 18 Uhr. Filialdruckereien:
Sindenburg, Kronprinzstr. 260. L. Eingang Wassertr. Tel. 2370;
Oppeln, Waldenstr. 11, Tel. 1304; Grotzsch, Runitz 6, Tel. 2384.
Geschäftsstell. 8—19 Uhr. Geschäftsstand: Hauptverlag Breslau.
Verlag: Schlesiensche Verlagsgesellschaft m. B. G., Breslau. — Druck:
„Neubau“, Filiale Breslau, Trebnitzer Straße 50.

Neuer Massenmord für den Geldsack

Und wieder der schwarze Tod

120 Tote in Saarbrücken — 21 Schwerverletzte im Lazarett

Saarbrücken, 26. Oktober. Durch eine Schlagwetterexplosion ereignete sich auf der Grube Manbach bei Saarbrücken eine neue Miesenkatastrophe. 778 Bergleute waren eingeschlossen. Ein Teil konnte sich noch retten. Bis gestern um 23 Uhr waren 92 Tote geborgen. Von den 21 Verletzten schwebt ein großer Teil in Lebensgefahr. Da noch über 30 Kumpels eingeschlossen sind und die Bergungsarbeiten eingestellt werden mussten, besteht für diese keine Möglichkeit der Rettung mehr. Sonach dürfte die Zahl der Todesopfer voraussichtlich auf über 120 ansteigen.

Ueber die Ursachen dieser neuen Miesenkatastrophe schwirren alle möglichen Gerüchte. Die Mörder, das sind die Grubenkapitalisten, haben ja allen Anlaß, solche Gerüchte zu verbreiten, um ihre verbrecherische Schuld zunächst zu verheimlichen. Aber ebenso wie in Alsbach besteht schon jetzt nicht der geringste Zweifel darüber, daß auch dieser Massenmord ausschließlich auf das Verbrechen des kapitalistischen Mordbrennens zu setzen ist.

Von der Unglücksstelle selbst wird berichtet, daß sie einer wahren Hölle gleicht, und die Kumpels unter der Erde bei den Rettungsarbeiten geradezu Selbstaufopferung vollbracht haben. Dauernd kämpfen sie mit übermenschlicher Kraft, und immer finden sie nur Tote. Der Anblick der verbrannten und ersticken Menschen ist furchtbar. Auf der Straße spielen sich erschütternde Szenen ab. Flüche und Verwünschungen gegen die Grubenkapitalisten durchdringen die Luft. Die Empörung unter den Arbeitern ist ungeheuer, was angesichts des eben erst vor sich gegangenen Unfalls in Alsbach nur zu verständlich ist. Obwohl eine Hoffnung, daß noch ein eingeschlossener Kumpel noch gerettet werden könnte, nicht mehr vorhanden ist, belagern noch riesige Menschenmassen die Tore zum Schachte. Eine große Zahl von Frauen muß ohnmächtig vom Plage getragen werden.

Belanntlich lange vor der jetzigen Uebernahme seines Amtes verlobt. Dazu steht er; er will den Hunger mit diesen härteren Waffen bezwingen.

Er hat damit angefangen am Grabe der Ermordeten in Alsbach. Als Antwort auf die stammende Empörung gegen die Mörder hat er die Gummiknüppel auf die empörten Kumpels niedersausen lassen.

Er hat jetzt im Ruhrgebiet seine Art, den Hunger zu bezwingen, fortgesetzt, und während er dies tat, da verlohnten wiederum in dem Schacht bei Saarbrücken 120 Kumpels. Zu den Ermordeten von Alsbach gesellen sich die Gemordeten von Saarbrücken und klagen nicht nur den Mörder Kapital und tönden nicht nur die Wiederverrechnung an, sie finden sie auch allen Palaten dieser Mörder an, und zu ihnen gehört Severing, der sein Amt just um die Zeit antrat, da der schwarze Tod so furchtbare Ernte hält.

Er mag sich gesagt sein lassen, der Verräter von Bielefeld, daß auch seine härteren Waffen nicht verhindern werden, daß das revolutionäre Proletariat weiter vorwärtsschreiten wird auf dem Wege, an dessen Ziel die Abrechnung stehen wird.

Severing hat seine „Arbeit“ gegen den Hunger begonnen

Tausend Arbeiter an der Ruhr verhaftet

Nazi morden unter dem Schutze der Severing-Polizei — Zehn Kommunisten in Dortmund verlegt — Einer bereits gestorben

Die „Rote Fahne“ meldet vom Sonnabend:

Hungermarsch an der Ruhr. Eine Armee Hungernder ist auf dem Marsch. Ueberall, in Dortmund, in Essen, in Mülheim, in Duisburg, in Oberhausen, ist die Polizei bürgerkriegsmäßig ausgerüstet und ungeheuer verstärkt aufmarschiert. Ueberfallautos durchrasen die Städte, die Landstraßen.

Telegramme von gestern:

In Duisburg werden 50 Erwerbslose von der Polizei des Sozialfaschisten Meyer verhaftet.
In Sterkrade-Vollken verhaftet die Polizei 150 bekannte Kommunisten aus den Betten heraus.

250 Erwerbslose werden in einem Walde vor Duisburg überfallen, umzingelt und verhaftet.

In Oberhausen schleppt die Polizei 200 Erwerbslose auf Polizeiautos.

In Mülheim werden zwei Autos mit Erwerbslosen nach Duisburg zurückgebracht.

In Moers hält die Polizei alle Zugangsstraßen vor der Stadt besetzt. Alle Passanten werden in den Ort zurückgetrieben.

In Essen werden Flugblattverteiler verhaftet, weil sie Handzettel verbreiten, die auffordern, den Hungermarsch trotz Verbot durchzuführen. Am Abend finden trotzdem in Essen bereits die ersten Demonstrationen statt. Immer und immer wieder räumt die Polizei die Straßen der Innenstadt mit dem Gummiknüppel. Wenige Minuten später stehen die Massen bereits wieder dichtgedrängt auf der Straße.

In Dortmund hat der sozialfaschistische Polizeipräsident Lübbering öffentlich bekanntgegeben, daß die Polizei mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln den Hungermarsch unterbinden wird. „Kein Unterschied zwischen Demonstranten und Neugierigen wird gemacht werden.“

Der Bochumer Zentrums-Polizeipräsident Grass läßt das Verbot öffentlich platizieren!

Nazis morden Arbeiter

Das ist das heutige Bild des roten Ruhrgebiets. Das ist der Severing-Kurs. Das ist der Hungermarsch der Erwerbslosen für Arbeit und Brot. Das ist die Sozialfaschisten mit Gummiknüppeln und Karabinern gegen die Arbeiter losziehen, da dürfen die Hitler-Garden nicht fehlen. In Dortmund überfallen Nazihanden nach einer Versammlung im Fredenbaumaal Arbeiter. 70 härte Schiffe gehen die Straße ab. Ein 16jähriger Jungarbeiter fällt mit einem Kopfschuß tot zu Boden. Zehn Schwerverletzte werden weggetragen.

Gestern in Essen 250 verhaftet

Die „Breslauer Zeitung“ meldet heute:
Essen, 26. Oktober. Im allgemeinen ist der heutige Sonntag im Ruhrgebiet ziemlich ruhig verlaufen, obwohl die Kommunisten

troz des Verbotes durch Flugblätter zum Hungermarsch aufgefördert hatten. Indessen kam es zwar im Laufe des Tages hin und wieder zu Ansammlungen, doch konnte die Menge überall schnell zerstreut werden, ohne daß es zu größeren Zwischenfällen gekommen wäre. Im ganzen wurden 250 Personen wegen Nichtbefolgung polizeilicher Anordnungen festgenommen.

Man lese diesen letzten Bericht genau. „...hin und wieder kam es zu Ansammlungen.“ So will der Kuli des Geldsacks den Eindruck erwecken als ob die Massen dem Rufe, gegen den Hunger zu marschieren, nicht gefolgt wären. Aber, sagt die Zahl der 250 Verhaftungen nicht etwas ganz anderes? Die Massen marschieren trotz Terror, trotz Severing.

Der „Kleine“ Metallarbeiter klagt an, seine Anführung wahrzumachen. „Es müssen härtere Waffen als Gummiknüppel in Bereitschaft gehalten werden“, hatte er

Der SPD.-Verrat vom 18. Oktober öffnet den Arbeitern die Augen

Eine Reichsbanner-Staffel beteiligt sich an einer Massenkundgebung der A.D. Solidarität mit den streikenden Metallarbeitern

Am Freitagabend fand im größten Saal von Liegnitz eine von der SPD. einberufene Versammlung statt. Kopf an Kopf standen die Massen, die dem Rufe der kommunistischen Partei gefolgt waren. Nachdem sich die Versammlung zu Ehren der Gemordeten von Alsbach von den Plätzen erhoben hatte, sprach Genosse Strode-Breslau über die Frage: „Wohin treibt Deutschland?“ Seine Ausführungen wurden sehr oft von lebhaften Zustimmungsgeschreien unterbrochen, und der Appell, sich einzureihen in die rote Klassenfront, um unter der Führung der kommunistischen Partei und der A.D. zu kämpfen gegen den Lohnraub und gegen den Faschismus wurde von der gesamten Versammlung mit Begeisterung begrüßt.

Die Versammlung bekam aber einen besonderen Charakter dadurch, daß in der Diskussion auch zwei Sozialdemokraten das Wort ergriffen. Als erster nahm der Führer der Jungsozialisten von Liegnitz, Schlotau, der auch über Liegnitz hinaus in ganz Schlesien bei der sozialdemokratischen Jugend einen guten Ruf genießt, das Wort.

Unter härmlichem Jubel der Anwesenden rechnete er mit dem Verrat der SPD. ab und erklärte, daß er es nicht mehr mit keinem Massenbewußtsein vereinbaren könnte, noch länger in dieser Partei zu verbleiben. Er erklärte seinen Eintritt in die

SPD. und brachte gleichzeitig zum Ausdruck, daß er seine ganze Kraft in den Dienst der Partei zu stellen gewillt sei. Gleichzeitig appellierte er in warmen Worten an alle sozialdemokratischen Arbeiter, insbesondere an die Jungarbeiter, seinem Beispiel zu folgen. Die Versammlung nahm diese Ausführungen mit stürmischer, nicht endenwollender Begeisterung auf. Nach ihm nahm noch ein zweiter sozialdemokratischer Arbeiter, der Genosse Nochan, das Wort, und unterfück die Abrechnung, die der Genosse Schlotau an der Verratspolitik der SPD. vorgenommen hatte. Auch er erklärte seinen Eintritt in die SPD. und forderte ebenfalls die sozialdemokratischen Arbeiter auf, das gleiche zu tun.

An der Versammlung nahm auch eine Schutzstaffel des Reichsbanners teil, die geschlossen in die Versammlung amarschiert kam. Es wurden in der Versammlung 15 Aufnahmen für die Partei, 23 für den Kampfbund gegen den Faschismus, drei für die Rote Hilfe, 1 für den Internationalen Bund und eine Anzahl Abkommen für die „Arbeiter-Zeitung“ geschlossen. Entschuldig nahm auch die Versammlung eine Entschickung an, die den kämpfenden Metallarbeitern weitestgehende Solidarität zusicherte. Eine Telesammlung für die Streikenden sprach den Betrag von 18,20 Mark.

So ist es recht — Genossen folgt diesem Beispiel!

Der Genosse M. in Briesg hat an einem Tage 30,05 Mark in wenigen Stunden für die streikenden Berliner Metallarbeiter auf eine Sammelkiste der A.D. gesammelt.

Alles für Metallarbeiterieg!

In gutbesuchten Versammlungen in Dittersbach und Rothenbach sprach Genosse Wollweber zu den Kumpels des Waldenburger Bergreviers. In beiden Versammlungen wurden Solidaritätenschilderungen für die kämpfenden Metallarbeiter angenommen und gute Sammlungen zur Unterstützung der Metallarbeiter durchgeführt.

Breslau, 23. Oktober. Die am 22. Oktober versammelte Funktionäre der Ortsgruppe Breslau der A.D. übersenden Kampfschilderungen den streikenden Metallarbeitern und sagen ihnen jede Hilfe gegen Terror zu.

Freiburg, 22. Oktober. Eine Mitgliederversammlung der D.M.B. nahm mit großer Mehrheit eine Entschickung an, die den Berliner Metallarbeitern weitestgehende Unterstützung zusagt.

Der Preissenkungsschwindel der Lohnräuber

Kampf um die 40-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich und für Lohnerhöhung ist Kampf gegen die faschistische Ausbeuterdiktatur und ihre sozialfaschistischen Spießgesellen

P. L. Der ADB hat, angeblich um die Arbeitslosigkeit zu mildern, vorgeschlagen, die 40-Stunden-Woche einzuführen. Die DGB-Bürokratie hat bei den Schlichtungsverhandlungen zur Beilegung des Metallarbeiterstreiks ebenfalls den Unternehmern das Angebot gemacht, die 40-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich, was einen durchschnittlichen Lohnabbau von über 16 Prozent bedeuten würde — einzuführen. Die Gewerkschaftsbürokratie begründet ihre Bereitwilligkeit zu dieser Lohnkürzung mit ihrer angeblichen „Solidarität für die Erwerbslosen“, die dann wieder in den Produktionsprozess eingereicht werden könnten, wodurch die Kaufkraft gesteigert und die Krise zum Schwinden gebracht würde.

Die Argumente der Unternehmer

Der Vorschlag der Gewerkschaftsbürokratie wird in der gesamten kapitalistischen Presse auf das lebhafteste diskutiert und — von wenigen Ausnahmen abgesehen — abgelehnt. Die Kapitalisten polemisieren höhnisch gegen das Argument, daß die Krise mit der Hebung der Kaufkraft der Arbeiter behoben werde. Sie sagen mit Recht, daß der Vorschlag der Gewerkschaftsbürokratie: den Lohn der Arbeiter durch Verkürzung der Arbeitszeit abzubauen und eine entsprechende Anzahl Erwerbsloser einzustellen, nur eine andere Verteilung des Einkommens der Arbeiter ist, keineswegs aber zusätzliche Kaufkraft schafft, die als Abnehmer, als Konsument der kapitalistischen Ware in Frage kommt. Die Kapitalisten behaupten, daß die Krise nur durch die Senkung der Preise, deren Höhe von der Höhe der Löhne abhängig sei, beseitigt werden könne. Zu diesem Zwecke sei eine Senkung der „Selbstkosten“, deren wesentlicher Bestandteil die Löhne seien, also ein Lohnabbau notwendig. Die Verkürzung der Arbeitszeit ohne Lohnausgleich würde bei Einstellung einer entsprechenden Anzahl von Erwerbslosen die „Selbstkosten“ nicht verringern, sondern erhöhen, weil ja die „sozialen Kosten“ (Versicherungsbeiträge usw.) die Verwaltungsstellen sowie die Einrichtung neuer Arbeitsplätze größere und laufende Ausgaben bedingten. Die Selbstkosten könnten nicht durch weniger Arbeit, sondern nur durch mehr unbezahlte Arbeit, also durch gleichbleibende Arbeitszeit bei Lohnabbau und erhöhter Arbeitsleistung gesenkt werden.

Hunger bei vollen Scheunen

Gewerkschaftsbürokratie und Kapitalisten verschweigen bei der ganzen Diskussion mit Fleiß die Ursachen der Krise und damit die Ursachen der Erwerbslosigkeit; die kapitalistischen Produktions- und Eigentumsverhältnisse, die das Chaos hervorgerufen. Ein sichtbares Ergebnis der kapitalistischen Anarchie ist die in allen Produktionszweigen vorhandene Überproduktion. Der Markt und die Warenlager sind überfüllt. Die Kaufkraft der breiten Massen, der Arbeiter und der Mittelschichten ist durch die Lohn-, Steuer- und Zollpolitik der besitzenden Klasse und ihres Staates ruiniert. Die breiten Massen leiden Not, während es Waren, Gebrauchsgüter und Lebensmittel in Hülle und Fülle gibt. Die Folge dieses kapitalistischen Unsinns und Widersinns ist eine Störung der Produktion, die Stilllegung von Fabriken, das Nachlassen der Erwerbslosigkeit, die Einführung von Kurzarbeit usw., die Vergrößerung des Elends der werktätigen Massen. Gegenwärtig sind über drei Millionen Arbeiter ohne Arbeit und etwa zwei Millionen arbeiten kurz, d. h. weniger als 48 Stunden in der Woche. Der kapitalistische Produktionsapparat wird gegenwärtig nur bis zu 50 Prozent seiner Leistungsfähigkeit ausgenutzt.

Die schwerindustrielle „Bergwerkszeitung“ führt in einer längeren Abhandlung aus, daß die Rationalisierung und Kartellierung der Industrie so weit fortgeschritten sei, daß „in jedem Industriezweig einige wenige Werke beinahe allein in der Lage sind, auf Grund ihrer technischen Einrichtungen und ihrer kaufmännischen und organisatorischen Durchbildung den ganzen Bedarf des Marktes zu decken, ohne die vermehrte Produktion erst durch wesentliche Neueinstellung von Arbeitern möglich machen zu müssen“.

Die Rationalisierung und Kartellierung der deutschen Industrie hat bereits einen sehr hohen Stand erreicht. Einige wenige Kartelle beherrschen die Produktion, z. B. das Kohlenkartell, das Eisen- und Stahlkartell, große Konzerne in der Fertigungsindustrie, wie AEG, Siemens, IG-Farben usw.

Wucherpreise und Monopolprofite

Diese Konzerne sind mächtige kapitalistische Monopole, die den Markt beherrschen und die Preise diktieren. Dadurch erzielen die den Kartellen angeschlossenen Unternehmer Monopolprofite, die das Vielfache des Herstellungspreises betragen. Der Herstellungspreis einer elektrischen Glühlampe beträgt z. B. 16 Pf., der Verkaufspreis dagegen 1,20 Mark. Der Herstellungspreis eines Staubsaugers 38,50 Mark, der Verkaufspreis 140 Mark. Der Herstellungspreis eines Autos 20 bis 25 Prozent des Verkaufspreises. Die Spanne zwischen Selbstkosten und Verkaufspreis ist abzüglich der Handelsunkosten der sogenannte „Reingewinn“, der Profit der Unternehmer. Da die „freie Konkurrenz“ sowie der „freie Handel“ (die Verkaufspreise sind vorgegeben) durch den Monopolkapitalismus verdrängt und der Innenmarkt durch hohe Schutzzölle gegen die Konkurrenz anderer mächtiger Monopole der ausländischen Kapitalisten geschützt ist, können die Monopolkapitalisten die Preise weit über den Weltmarktpreis in die Höhe treiben (Der Eisenpreis liegt 20 bis 40 Prozent über dem Weltmarktpreis!) und die werktätige Bevölkerung durch die Monopolpreise ausplündern.

In dem Preis einer jeden Ware, ganz gleich, ob es ein technischer Gebrauchsgegenstand oder Brot ist, ist ein Stück Monopolprofit enthalten, da die Preise der Produkte der Schlüsselindustrie (Eisen und Kohle) Monopolpreise sind und durch den Produktionsprozess in die Preise der anderen Waren eingehen. Die Tribute, die die Massen dem Monopolkapital in Gestalt der erhöhten Monopolpreise zahlen, betragen ein Vielfaches der Reparationslasten.

Der monopolistische Charakter der kapitalistischen Wirtschaft sichert den Kapitalisten Riesengewinne auch zu Zeiten der Krise. So konnten die ausschlaggebenden Aktiengesellschaften auch in diesem Jahre unerhörte Reingewinne machen und hohe Dividenden an ihre Aktionäre auszahlen. Da die Kapitalisten um des Profits willen produzieren, ihr Profit aber durch die Monopolpreise auch bei verringerter Produktion und verringerter Absatzgeschwindigkeit, fällt für sie die Notwendigkeit zu befehlen, fort.

„Preissenkung“ — für wen?

Wenn die deutschen Monopolkapitalisten jetzt die Preise senken wollen, so tun sie dies keineswegs aus freien Stücken, sondern werden durch die Krise von der Konkurrenz, die die Zölle übersteigt, dazu gezwungen. Aber auch nach der angekündigten Preisentwertung liegen die Warenpreise weit über dem Weltmarktpreis und stehen in keinem Verhältnis zu den Preisen der Rohstoffe. Der Großhandelspreisindex für Kleidung (ohne Schuhe) betrug z. B. im April d. J. (1913 = 100) 168,2 und fiel bis Juli auf 166,1. Der Index für Textilrohstoffe war im April 115,7 und fiel im Juli auf 105,3, also um 10,4 Punkte. In dem Falle der Rohstoffpreise brückt sich das durch die Krise hervorgerufene Sinken der Weltmarktpreise aus, während das nur geringe Absinken der Großhandelspreise gegenüber dem Rohstoffindex noch eine Erhöhung der Profite der Kapitalisten anzeigt. In diesem Beispiel sind die Kleinhandelspreise, die der Verbraucher zahlen muß, nicht berücksichtigt. Es charakterisiert aber trotzdem den Preissenkungsschwindel der Brüning-Regierung und der Unternehmer, der von ihren sozialfaschistischen Katalanen — Gewerkschaftsbürokratie und Sozialdemokratie — unterstützt wird.

Der monopolistische Charakter der kapitalistischen Wirtschaft ist die Ursache der immer weiteren Verelendung der Massen und der unerhörten Bereicherung einer kleinen Schicht kapitalistischer Ausbeuter. Der Monopolkapitalismus ist der sterbende Kapitalismus, der wie ein Schmarotzer am Volke zehrt. Ein widerliches Ungeziefer, das immer von neuem über die werktätigen Massen herfällt und die besten Kräfte wegfrisst.

Der Kapitalismus kann sich nur noch am Leben halten, indem er die Leiden und das Elend der von ihm ausgebeuteten

und unterdrückten Millionenmassen ins Ungeheuerliche steigert und zugleich, weil die Methoden der „demokratischen“ Ausbeutung, Ausplünderung und Unterdrückung sich als untauglich erweisen, seine nackte, brutale faschistische Diktatur errichtet.

Die reformistischen Verräter an der Arbeiterklasse verschweigen diese Tatsache vor den Arbeitern und wollen sie durch illusionäre Rezepte vom Kampf gegen die kapitalistischen Ausbeuter und gegen das gesamte kapitalistische verberberische System abhalten. Sie denken gar nicht daran, den Kampf um die 40-Stunden-Woche, um die Einreihung der Erwerbslosen in den Produktionsprozess, um die Hebung des Lebensniveaus der Arbeiterklasse, die Erhöhung der Löhne usw. zu führen. Im Gegenteil, sie singen Lobeslieder auf den Monopolkapitalismus, der, wie Hilferding auf dem Kieler Parteitag der SPD. ausführte, als „organisierter Kapitalismus in den Sozialismus hineinwächst“. Die SPD. hat zur Rettung dieses schmutzigen Kapitalismus ungezählte Verbrechen und Verrätertaten an der Arbeiterklasse begangen. Ihr jüngster Verrat ist die Rettung der faschistischen Brüning-Regierung, deren Raubprogramm das Programm des Monopolkapitalismus, das Programm des Lohnraubes, der Massenausplünderung ist.

Sowjetrußland zeigt den Weg

Der Kampf um die 40-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, die Einreihung der Erwerbslosen in den Produktionsprozess, der Kampf um jeden Pfennig Lohnerhöhung kann nur erfolgreich durchgeführt werden, wenn die Arbeiterklasse den Kampf gegen die gesamte Ausbeuterklasse und ihre sozialfaschistischen und faschistischen Katalanen aufnimmt. Der Kampf um Lohnerhöhung ist zugleich ein Kampf gegen den Faschismus als der Herrschaftsform des Monopolkapitalismus.

Wie die russischen Arbeiter die 40-Stunden-Woche einführen und die Geißel des Kapitalismus, die Erwerbslosigkeit, erst liquidieren konnten, nachdem sie die Macht der herrschenden Klasse zertrümmert und die Ausbeuter verjagt hatten, so wird auch das deutsche Proletariat sein Elend nur auf dem gleichen Wege wie die russischen Arbeiter beseitigen können! Sturz der Bourgeoisie, Errichtung der Diktatur des Proletariats als die Herrschaftsform der großen Massen des werktätigen Volkes über die Ausbeuter von heute, Übernahme der Bergwerke, Erzgruben und Fabriken in die Hände der Arbeiterklasse. Das ist das Ziel, um dessen Erreichung die Arbeiter kämpfen müssen, um des Elends der werktätigen Massen Herr zu werden.

60 gemordete Jungtumpels mahnen:

Hebt höher die Fahnen des Kampfes!

Freie Erde deckt auf dem Alsdorfer Friedhof die vom kapitalistischen Mordsystem zerstückten 256 Arbeiterleiber. Unter diesen Gemordeten befanden sich 60 junge Arbeiter.

60 junge Menschenleiber wurden zerrissen, zerquetscht, erdrückt, fünfzehn-, sechzehn-, siebzehnjährige Arbeiterjungen kamen für 1,40 Mark täglichen Schichtlohn bei unerhörtester Anstrengung ihr Leben. Grenzenlos ist die Not im Alsdorfer Wurmrevier; Hunger und Elend herrschen grausam in allen Arbeiterfamilien. Raub aus der Schule entlassen, mit ihrem unterernährten, kraftlosen Körper müssen die Jungarbeiter in die Gruben, mithelfen die Kosten des Arbeiterhaushalts zu bestreiten. Hierig rafft das mörderische Zerkapital nach diesen billigen und willigen Arbeitsträgern. Seine Profite, Dividenden steigen, je mehr Jungarbeiter der Ausbeutung verfallen.

Ein Viertel aller Gemordeten jugendliche Arbeiter!

Den Kommunistischen Jugendverband trifft ein schwerer Verlust: Hier der besten Alsdorfer Funktionäre sind ebenfalls gemordet; unter ihnen der politische Leiter der Ortsgruppe Alsdorf, Genosse Heinrich Kozor. Genosse Kozor war vor kurzer Zeit aus dem Ruhrgebiet nach dem Wurmrevier gekommen; fand Arbeit auf der Grube „Anna II“. Auf Grund seiner unermüdlichen Arbeit wurde er nach kurzer Zeit der Führer der jungen Ortsgruppe. Sein zerstückter junger Körper

murde unter den Trümmern des eingestürzten Förderturnes geborgen.

Wieder 60 Jungtumpels tot. . .

Sie alle klagen an das kapitalistische Raub- und Mordsystem! Sie fordern uns Jungkommunisten auf, mit verzehnfachten Kräften den Massenkampf gegen das verruchte Ausbeutersystem weiter zu führen.

Indem wir verstehen, die Tagesforderungen der Jungtumpels zu vertreten und durchzuführen, indem wir verstehen, eine breite Massenfront aller kämpfenden Jungproletarier gegen die kapitalistische Ausbeuterklasse zu bilden, wird es uns gelingen, dieses System des Arbeitermordes zu beseitigen.

Unter Führung der Jungkommunisten wird die arbeitende Jugend Deutschland in den kommenden Monaten in den ersten Reihen des Klassenkampfes stehen. Höher die Fahnen des Kampfes, noch höher die Vertretung aller Interessen der werktätigen Jugend!

Über den Gräbern der 60 gemordeten Jungtumpels hinweg erbraut der Kampfgeist der deutschen Kommunisten, ein kräftiges „Heil Moskau!“ — zu neuen Kämpfen mahnend!

Zentralkomitee des Kommunistischen Jugendverbandes

„Gottgewollt“

Alsdorf, am 25. Oktober.

Ein langes Leben oder eine kurze Jugend gingen sie zum Hüt. Proletariat wie du und ich. In der „Bergwerkszeitung“ konnte man es vor nicht langer Zeit lesen: „Die Begehrlichkeit der deutschen Arbeiter muß ein Ende haben. Die Löhne sind zu hoch. Das Versicherungsunwesen fördert das Faulenzertum. . .“

Dann lagen 262 Kumpels verlohnt, zerquetscht und vergiftet auf den Bahnen, junge und alte.

Und der Generaldirektor kam, um an ihrem Grab zu sprechen. Er hatte die Stirn dazu. (In seiner Altemappe der Bericht: Durch den Ausfall auf Anna II wird die diesjährige Dividende von 14 Prozent nicht berührt.)

Und die Pastöre beider Konfessionen kamen und sprachen. Die Gloden läuteten, Fahnen auf Halbmaß. Tote Proleten sind nicht mehr begehrtlich.

Die kirchliche Trauerfeier schloß mit dem Choral „Allein nur Gott in der Höh sei Ehre!“

Wenn es war gottgewollt, daß die Verwaltung die zeitigen Beschwerden des Betriebes und der kommunistischen Landtagstraktion mißachtend beiseite schob und 262 unierer Brüder mordete.

Allein nur Gott sei Ehre. Hört ihr den Hohn, Proletarier? Biont er sich auch nicht ins Blut?

Stucht nur — die Schuld für Alsdorf verlagert bei Unbelannt. Bergmannslos! Höhere Gewalt! Gottes Fügung. Was ihr wollt.

„Die heutige Börse setzte bei lebhafter Kaufstätigkeit mit Kurssteigerungen recht erheblichen Umfangs ein. Um 12 Uhr brach mit einem Male das Geschäft jäh (!) ab, da auf Anordnung des Börsenvorstandes als Zeichen der Trauer für die Opfer von Alsdorf jeder Verkehr ruhte. In den weiten Sälen der Börse herrschte tiefstes, eindrucksvolles Schwelgen, und erst nach fünf Minuten wurde der Verkehr wieder aufgenommen.“

So meldet der Draht. Fünf Minuten, 300 Sekunden, trauerten die Herren Aktionäre und verzichteten auf das Geschäft. 262 Tote in einer Reich. . .

Von den Aktionären war keiner dabei.

Kampftungebung in Chemnitz

Chemnitz, 25. Oktober. (Eig. Bericht.) Gestern fand hier eine von 4000 Arbeitern und Arbeiterinnen besuchte Oktoberkundgebung statt. Die Versammelten protestierten einmütig gegen das Verbot des Roten Frontkämpferbundes und bekundeten ihre Sympathie für die freikämpfenden Berliner Metallarbeiter. 160 Mark wurden für die freikämpfenden Metallarbeiter gesammelt. 52 Klassengenossen traten der KGD. bei.

Ein blutiger „Scherz“

In Mainz legte ein 43-jähriger Wächter der Wache und Schließgesellschaft im „Scherz“ seine Dienstwaffe an ein dreijähriges Kind an. Durch ein Versehen ging der Schuß los, die Kugel traf das Kind in den Kopf und es starb kurz nach der Entlassung in das Krankenhaus.

Waldenburger Bergland

Wir stopfen den Lügnern das Maul

Der fleißige Arbeiter Schwarz aus Wittenberg und sein Kumpen Kilmann haben entzückt aus dem proletarischen Vaterlande, der Sowjetunion, ... das Wunder, wenn derartige Reaktionen ihre Reife kurzerhand abbrechen, und nun die größten Schauermärchen erzählen. So berichten sie, daß dort die größte Not und größtes Elend herrsche. Kein bloßes Kulturland sei dort vorhanden. Wer nicht arbeiten wolle, werde erschossen. Vor allem würde kein deutscher Arbeiter das essen, was die russischen Arbeiter zu freffen bekommen.

Da Schwarz nur vier Wochen mit Hin- und Rückreise dort gewesen ist, muß er ja die Verhältnisse gut kennen. Um aber seinen Schwimdelnachrichten weiteres Gehör zu schenken, machen wir heute schon die Herren darauf aufmerksam, daß in den nächsten Tagen ein proletarischer Aufrufbelegter in Wittenberg sprechen wird. Schwarz wird gestutzt werden, seine Einträge in uneingeschränkter Weisheit vorzubringen. Ort und Zeit wird durch Handzettel noch bekanntgegeben.

Sriedau

Polizei belästigt Unbeteiligte

Der Postraubüberfall, der vor kurzem auf der Strecke von Rohnsdorf nach Gräben ausgeführt wurde, und der den Tätern 8000 Mark einbrachte, war eine Veranlassung für die Polizei, hier diverse Hausdurchsuchungen und auch Verhaftungen vornehmen zu lassen. Man verhaftete Leute, die zu der fraglichen Zeit auf der Post waren. Desgleichen holte man Leute zwecks einer Vernehmung von ihrer Arbeitsstelle weg, so daß diese dadurch Lohnausfall hatten. Jetzt auf einmal „weiß“ die Polizei, daß diese beiden Täter aus Breslau sein sollen. Es wäre an der Zeit, daß die Polizei mit ihren Verhaftungen bzw. Anschuldigungen etwas vorsichtiger umginge.

Landeshut

Kommunisten treten für die Erwerbslosen ein

Während die Bürgerlichen im trauten Verein mit Sozialdemokraten und Nazis eifrig die Frage der Besetzung der freierwerbenden 1. Bürgermeisterstelle in Presse, Versammlungen und auf gelagerten zu erledigen versuchen, leisten die Kommunisten praktische Arbeit im Interesse der Mehrheit der Landeshuter Bevölkerung. Die demnächst stattfindende Stadterverordnetenversammlung wird sich neben der Vorstellung der drei zur engeren Wahl stehenden Bürgermeisterbewerber auch mit fünf Anträgen unserer Fraktion zu beschäftigen haben, welche durch die Verhältnisse begründet sind. Es wird gefordert, daß bei der Vergütung des Hauses der Heimstättenvereins in erster Linie Fach- und Hilfsarbeiter beschäftigt werden, welche ausgesteuert und dem Wohlfahrtsamt zur Last fallen. Weiter wird eine Winterbeihilfe in Höhe von 40, 80 und 10 Mark für alle Sozial- und Kleinrentner, Krüppel- und Wohlfahrtsempfänger sowie alle Arbeitslosenunterstützungsempfänger bis zur Unterklassengrenze gefordert, bezuglich Vollerfüllung mit zwei bzw. einem Zentner Kohlen während der Wintermonate. Eine Berichtigung der zu Unrecht bereits schon am 1. Juni erhobenen Gaspreiserhöhung soll erfolgen, und dem Beschluß der Mieter auf Wiedereinführung der Wohnungszwangswirtschaft Rechnung getragen werden. Auch die vollständig unbefriedigende Behandlung der Pflichtarbeiter durch den Deputierten, Sozialdemokraten Fedner, muß in der nächsten Sitzung geregelt werden. Das Gehalt der Mieterseinde Pillz und Genossen und die festzustellende Übereinstimmung der Sozialdemokraten mit diesen ausgesprochenen Mieter- und Arbeiterfeinden, unter dem Deckmantel der Sparsamkeit den bei der Arbeiterchaft längst abgetanen 2. Bürgermeister zum 1. Bürgermeister zu machen, wird diesmal nicht gelingen. Dafür hat er in den Jahren, in denen er als Deputierter des Wohnungsamtes und des Wohlfahrtsamtes wirkte, selbst gefordert.

Schweidnitz

An die falsche Adresse gekommen

waren die Größen des ADGB mit ihrer Erwerbslosenversammlung, die Freitag abend stattfand. Die am Tage vorher stattgefundene Versammlung des Erwerbslosenausschusses war nochmal so gut besucht. Neun Zehntel von den Anwesenden standen in der ADGB-Versammlung hinter dem Erwerbslosenausschuß. Die Versammlung gestaltete sich zu einer fürchterlichen Abrechnung. Das Referat hielt der Oberpostenführer Herda. Er quasselte eine Zeitlang über das „wohlwollende Herz“ der Sozialdemokratie im Schweidnitzer Stadtparlament und ihren „Kampf“ gegen die Bürgerlichen. Ein ungeheurer Enttäuschungssturm entbrach, als vom Vorstandstisch erklärt wurde, daß nur Organisierte sprechen dürfen. Es war dem Genossen Hennig

ein leichtes, die Ausführungen des Referenten zunichte zu machen. Selbst Mitglieder der Gewerkschaft, die 15 Jahre lang treue Anhänger der SPD und der Gewerkschaftsführer waren, wendeten sich in scharfen Worten gegen ihre bisherigen Führer und erklärten, daß es ihnen gleich sei, wenn man sie morgen schon ausschleife. Als der Theaterdirektor Hoppe, Parteisekretär der SPD, sprechen wollte, wurde er regelrecht ausgepfiffen. Die eigenen Partei- und Gewerkschaftskollegen wollten ihren Führer Hoppe prügeln.

Niederschlesien

Vor weiteren Entlassungen in Sagan

A. S. Die Firma Moos-Bros-Beer plant, weitere 150 bis 200 Arbeiter und Arbeiterinnen zu entlassen. Damit glaubt sie, den geplanten Lohnabbau zu erzwingen. Sie drohte schon bei den ersten vorgenommenen 600 Entlassungen an, daß, wenn sich die Lage für die Firma nicht ändere, sie im Januar den Betrieb stilllegen müsse. Ein ähnliches Verhältnis macht sich in der Saganer Gewerkschaftsausschuss bemerkbar, die nur mit wenigen ihrer alten Arbeiter etwas weiterzukämpfen versucht. Die Saganer Papierfabrik Zamastraße hat vor wenigen Tagen weitere Entlassungen ausgesprochen, die sogar auf ausschlaggebende Branchen ihres Betriebes ausgedehnt wurden, um so allen Zweifel auf Stilllegung des Betriebes zu beseitigen geeignet sind.

Ihr Arbeiter der oben genannten Firmen, seid auf der Hut! Es ist ein Generalangriff der Unternehmer auf der ganzen Linie zu erwarten. Der Metallarbeiterstreik ist der Ausdruck kommenden Kampfe. Erklärt euch mit praktischer Solidarität einverstanden und helft euren Brüdern. Ihr Kampf ist unser Kampf, ihr Sieg ist unser Sieg. Deshalb zeichnet auf die Listen der IAG.

Ein neues Warenhaus in Sagan ist, wie man hört, von einer amerikanischen Firma in Aussicht gestellt. Die frühere „Flora“, das Gebäude der Genille-Fabrik Matilde Schröder, wird zu diesem Zweck bereits umgebaut.

Magistrat, antworte!

Wie steht es mit der beantragten Sonderbeihilfe für Erwerbslose? Ist der Magistrat bald bereit, darüber zu verhandeln, oder will man trotz zeltig genug eingereichter Anträge der Kommunisten diese Anträge durch Verschleppung wiederum abwürgen? Kollegen, seid auf der Hut, unterstützt die Anträge der kommunistischen Stadterverordnetenfraktion. Die Erwerbslosen verlangen von der Sonderkommission, daß ein Mitglied des Erwerbslosenausschusses mit Sitz und Stimme in dieser Sonderkommission aufgenommen wird, um so besser die Interessen der Erwerbslosen vertreten zu können. Da der Erwerbslosenausschuß mit den Erwerbslosen sowie Wohlfahrtsempfängern in steter Fühlungnahme ist, dürfte er auch über deren Verhältnisse am besten orientiert sein.

Görlitz

Erfolgreiche Versammlungen auf dem Lande

Am Donnerstag fand in Borna wiederum eine kommunistische Versammlung statt, die von 31 Arbeitern besucht war. Genosse Jäschke, Görlitz, sprach über das Thema: „Bringt der neue Reichstag Rettung? Wohin treibt Deutschland?“ In zweistündigen Ausführungen, oft von der Zustimmung der Versammlung unterbrochen, zeigte er noch einmal den Weg des Verrates der SPD auf, und streifte all die Schandgesetze, die mit Hilfe der SPD im alten Reichstage angenommen worden sind. Der Referent kam dann auf den erbärmlichen Kuhhandel, der bereits im neuen Reichstag eingeleitet hat, zu sprechen, und entwarf in längeren Ausführungen die Nazis als Verbrecher und gewissenlose Demagogen, die vom Kapital als Mördergarde ausgehalten werden, um die Arbeiterchaft niederzutrittseln. Dann wies er nach, daß die Nazis ja gar nicht daran denken, in der Tat für die Befreiung des Young-Planes zu kämpfen. Zum Schluß zeigte er den einzig möglichen Ausweg: den Kampf. Eine rege Fragenstellung folgte den mit Beifall aufgenommenen Ausführungen. Eine gute Zellerfassung konnten wir zum Schluß der Versammlung machen.

In Schönberg sprach am selben Abend der Genosse Horstmann über dasselbe Thema, gleichfalls unter der Zustimmung der

Als sich die Versammlungsleitung keinen Rat wählte, telefonierte sie nach dem Überfallkommando, trotzdem 40 Reichskommissarlinge im Gastzimmer zum Schutz positioniert waren. Nachdem Genosse R. noch einige kurze Worte gesprochen hatte, wurde die Versammlung von den Erwerbslosen mit einem dröhnenden „Rot Front!“ und dem Befehl der „Internationale“ geschlossen. Die zu spät eingetroffene Polizei zog wieder ab. Arbeiter und Arbeiterinnen, die ihr begeistert habt, daß ihr mit der Führung dieser Gewerkschaftsbewegungen nicht zufrieden seid, tretet ein in die SPD! Kämpft Schulter an Schulter für Brot und Arbeit!

Unklarheit beim Maschinenbau. In Domarge führte der Monteur Prusche beim Aufstellen von Maschinen infolge Bruchens einer Leiter ab. Er verfuhr sich an an einem Telephonrost zu halten. Dieser rief jedoch, und R. schlug auf eine Mauer auf, wo er schwer verletzt liegen blieb.

für diesen Ort gutschickten Versammlung. Der Erfolg des Werts bestand in der Gründung einer neuen Parteilozalgruppe, der sofort fünf Arbeiter beitraten.

Die Versammlungen auf dem Lande beweisen uns, daß die Arbeiter auf uns warten. Wir werden weiter ohne Pause den Vorstoß aufs Land fortsetzen.

Jauer

Die „tüchtige“ Polizei

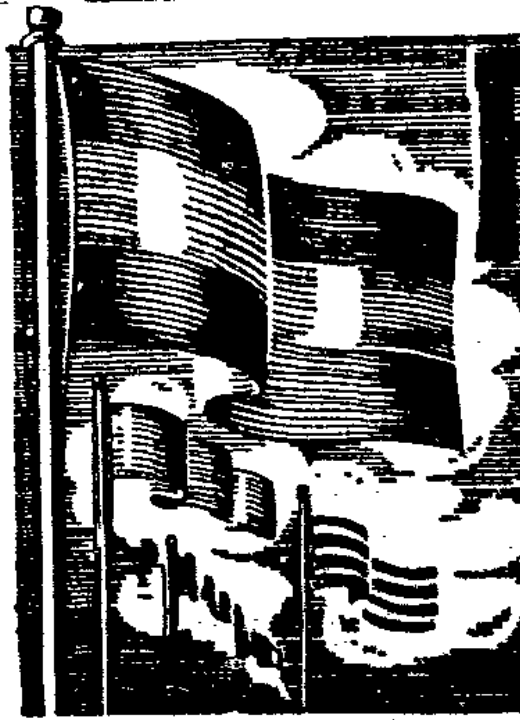
Volzhymnen singt man zurzeit über die Tüchtigkeit der Jauerischen Polizei, die in der Lage war, innerhalb von drei Wochen über vierzig Einbrüche aufzuklären. Diese Tüchtigkeit der Polizei will man aber allgemein nicht anerkennen. Zur Ehre der Polizeibehörde sei aber gesagt, daß sie die Mittel gut kennt, mit welchen man ausgehungerten Proleten den Mund öffnet. 5 Mark und ein halbes Pfund Butter, einige abgetragene Sachen, bewirken, daß es nur so „Eingeständnisse“ hagelt. Alles, was nun so ans Tageslicht gekommen ist, sind eigene Eingeständnisse der Angeklagten. Laut Polizeibericht sollen auch 6 Gewehre der Schützengilde Jauer gestohlen worden sein. Dies ist etwas ganz besonders interessant. Der Herr Polizeikommissar Münch hat den stillen Wunsch, die kommunistische Partei möchte doch diese Gewehre gestohlen haben. Bei der Vernehmung eines Angeklagten fragte er nämlich einen der Beschlagen, ob nicht etwa die kommunistische Partei den Auftrag dazu gegeben habe, die Gewehre zu entwenden. Wir möchten dem Herrn Polizeikommissar nur sagen, daß die SPD für solche alte Klenden keine Verwendung hat. Wenn aber der Herr Polizeikommissar wünscht, das Waffenarsenal der SPD zu beschlagnahmen, so möchten wir ihm unterbreiten, daß wir jeden Mittwoch auf der Viehwiese Übungsstunden abhalten, und zwar an Minenwerfern, Flammenwerfern, Maschinengewehren usw., bezogen aus dem Kaufhaus. Sogar die Kinder werden bei uns schon beworfen. Verschleierte Genossen wollen ihren Kettenpoltschwestern zu Wehnehmen nämlich Maschinengewehre kaufen. — Durch diesen Artikel möchten wir uns nicht schüchtern vor die am Diebstahl Beteiligten stellen; aber den Arbeitern möchten wir sagen: Versucht nicht, durch Diebstahl eure miserable Lage zu beheben, um dadurch auch und eure Familie noch unglücklicher zu machen, sondern kämpft mit uns!

Aus dem Riesengebirge

Der Amtschimmel

„An den Arbeiter Herrn Wilhelm Gottwald, hier, Am Baden Nr. 33a.“
Mitschrift
Hirschberg i. Schl., 14. Oktober 1930
Polizeiverwaltung
Zimpfstraße E. Nr. 29
Das Kind Gerhard Wilhelm Gottwald, geboren am 1. Juni 1929, des Arbeiters Herrn Wilhelm Gottwald, hier wohnhaft, ist zur öffentlichen Impfung nicht erschienen.
Auf Grund des § 12 des Impfgesetzes vom 8. April 1924 fordern wir Sie hierdurch auf, spätestens bis Ende Dezember d. J. durch Impfschein oder ärztliches Zeugnis nachzuweisen, daß die Impfung des Kindes bzw. Pflegebefohlenen erfolgt oder aus einem gesetzlichen Grunde unterblieben ist.
Wird bis zu diesem Zeitpunkt der Nachweis nicht geführt, so tritt Bestrafung gemäß § 14 des oben angeführten Gesetzes ein.
J. K. Gwelle.“

Nachbemerkung der Redaktion. Das betreffende Kind, welches zum Impfen gebracht werden soll, ist im Januar d. J. schon gestorben und beerdigt worden. Selbstverständlich ist der Tod auch auf der Polizei gemeldet.



Fahnen über Schlesien!

Die Treue der Bulgaria-Raucher soll belohnt werden. Durch den ständig steigenden Absatz unserer hervorragenden Qualitätsmarken ist es uns nunmehr möglich, unseren Marken

BULGARIA-KRONE 5 Pfg.
EDEL-BULGAREN 6 Pfg.

die neuen, hochinteressanten **BULGARIA-FAHNENBILDER** beizulegen.

Unsere Stärke war stets, daß wir das Bessere brachten. So sind auch die farbenprächtigen Bulgaria-Fahnenbilder das Herrlichste, was künstlerischer Drucktechnik gelungen ist. Darum

sammelt und tauscht!

Album I (Bild 1-200) mit 8 Landkarten ist bei uns gegen Einsendung von Mk. 1.- in Briefmarken erhältlich.

BULGARIA-ZIGARETTENFABRIK
Dresden-A. 21, Schallershäuser Str. 4



Rund um den Erdball

Der Alsdorfer Kumpel-Massenmord kann und darf nicht vertuscht werden

Schlagwetter und Dynamitexplosionen

Das ungeheure Verbrechen der Zechenverwaltung und der Bergbehörde

Von Gustav Sobotta, M. d. L.

Genosse Sobotta, von den revolutionären Kumpeln in den Sandtag geschickt, um dort konsequent für ihre Interessen zu wirken, hat selbst ein halbes Menschenleben unter Tage, vor sich, hinter sich. Sobotta ist gleich nach Eintreffen der Katastrophennachrichte aus Kisdorf nach dort hin abgereist, um im Auftrag der kommunistischen Sandtagsfraktion an Ort und Stelle durch Vernehmung von Arbeitern, Angestellten, Beamten, Geretteten und Verletzten die wahren Ursachen des schrecklichsten Kumpelmordes des deutschen Grubenkapitals aufzudecken. Mit der Sachkenntnis des langjährigen Fachmannes und mit der rücksichtslosen Offenheit des Revolutionärs beleuchtet Genosse Sobotta in den nachfolgenden Seiten das ungeheuerliche Verbrechen des rücksichtslos über Kumpelleben ergehenden Grubenkapitals.

hätten. Sie sind auch der Bergbehörde und der Grubenverwaltung bekannt gewesen. Ihnen ist auch bekannt gewesen, daß auch nur die kleinste Entzündung von Schlagwettern zur Katastrophe führen mußte, die die ganze Grube zerstörte.

Wie ein Kartenhaus ist der Vertuschungsplan zusammengebrochen

Diese Kenntnis der großen Gefahr hat denn auch die Verwaltung auf den Gedanken gebracht, auszuweichen, daß es

Mengen von Schlagwettern haben die fast 300 Bergarbeiter gemordet.

Eine zweite Explosion über Tage

Aber es gibt auch noch ein anderes Verbrechen. Der Schachturm ist zusammengeknirscht. Die Verwaltungsgebäude, die in der Umgebung liegenden Häuser sind von einer Explosion, die am Tage stattgefunden hat, aufs stärkste beschädigt. Diese Verwüstungen am Tage sind unter keinen Umständen eine Folge der Schlagwetterkatastrophe unter Tage. Sie können es niemals sein. Über Tage, und zwar am Schacht an der Kasenhängebank hat sich eine zweite Explosion ereignet. Dies wird durch den Zustand des Schachtes ganz klar erwiesen. Der Schacht selbst ist fast überhaupt nicht beschädigt. Wenn nun von unten herauf die Explosion den Schachturm hinweggeschleudert hätte, dann müßte

Warnende Kumpels wurden aufs Pflaster geworfen

„Dynamitexplosion, unter keinen Umständen eine Schlagwetterexplosion!“, so hieß es sofort nach der Katastrophe. Hartnäckig wurde diese Behauptung von der Direktion und von dem von ihr mobilisierten Stahlhelm überall verbreitet. Bis am Mittwochmittag diese Demagogie zusammenstürzte. Die Toten aus Revier 9 und anderen Gruben teilen tragen die untrügerischen Verbrennungsmerkmale einer Schlagwetterexplosion. Auch die bis in den letzten Grubenbetrieben angerichteten Zerstörungen sind unwiderlegliche Beweise einer Schlagwetterexplosion. Kein Abstreiten nützt etwas. Auch die Direktion muß es zugestehen, das riesengroße Verbrechen, das an den Bergarbeitern begangen worden ist. Denn die Schlagwetteranfassungen waren bekannt. Wochen- und monatelang wurde die Betriebsleitung auf die Gefahr hingewiesen, aber statt die Zustände zu beseitigen, wurden die beschwerdeführenden Bergarbeiter entlassen und brutal aufs Pflaster geworfen.



Die Alsdorfer Mörder zahlen Bettelpennige aus

Die Schuld, die die Zechenverwaltung trifft, trifft aber auch gleichermaßen die Bergbehörde. Auch sie kannte die unerhörten Gefahren. Ihr war bekannt, daß von Anna II aus auch die Grubenfelder der vor einigen Jahren stillgelegten Zeche Nordstern abgebaut wurden. Nordstern war die schlagwettergefährlichste Grube Deutschlands. Sie mußte wegen ihrer großen Schlagwetteranfassungen stillgelegt werden. Jetzt wurden die stillgelegten Grubenfelder von Anna II aus abgebaut.

Jedem auch nur halbwegs mit den bergbaulichen Verhältnissen Vertrauten mußten die riesigen Gefahren bekannt gewesen sein, auch ohne daß die Bergarbeiter selbst Beschwerde geführt

eine Explosion der Sprengstoffkammern gewesen ist. In der Annahme, daß die Macht der gewaltigen Mengen von Schlagwettern auch die Zerstörung der Sprengstoffkammern mit sich gebracht habe, wollte man die Schlagwetterexplosion vertuschen und der Sprengstoffkammer die Schuld geben. Hier hätte man dann leicht von „höherer Gewalt“ und von unaussprechlichen Umständen sprechen und die Betriebsleitung und Bergbehörde reinwaschen können.

Die Sprengstoffkammern haben sich jedoch als widerstandsfähiger gezeigt als man zuerst angenommen hat. Es steht fest, daß der darin lagernde Sprengstoff unverändert ist. Der Plan der Direktion ist wie ein Kartenhaus zusammengeknirscht. Sie hat jetzt keine Erklärung mehr für die Katastrophe. Das Verbrechen steht einwandfrei fest. Ungeheure

WAS LIEST DIE WERKTÄTIGE FRAU?

Drei Broschüren:

„Wohin führt der Weg? — Werktätige Frau entscheide!“

„Die befreite Frau in der Sowjetunion und der Fünfjahrplan“

„Frauen kämpfen für den Frieden“

Jede Broschüre kostet 10 Pf. Zu beziehen bei jeder Arbeiterbuchhandlung und den Literaturbüchereien.

auch der Schacht selbst zerstört sein. Dies ist nicht der Fall, ein Zeichen, daß die Kräfte, die den Schachturm, Verwaltungsgebäude und Häuser zerstört haben, sich oben am Tage entwickelt haben.

„Es ist besser, daß ich sterbe...“

Was hat nun die Explosion am Tage hervorgerufen und was ist am Tage explodiert? Nach dem, was ich von einem Kameraden, der den am Tage schwer verletzten Betriebsführer Kleine aus den Trümmern gezogen hat, erfahren habe, besteht für mich kein Zweifel, daß die Gerüchte über die Lagerung von Sprengstoff an der Kasenhängebank den Tatsachen entsprechen. Es besteht daher die Möglichkeit, daß die Stichtlamme der gewaltigen Schlagwetterexplosion im Schacht hochgeschlagen ist. Die Stichtlamme hat im Schacht selbst keine Verwüstungen angerichtet, aber den Sprengstoff auf der Kasenhängebank entzündet und zur Explosion gebracht. Diese Explosion hat den Schachturm fortgeschleudert und die umliegenden Häuser eingedrückt. Dem Betriebsführer Kleine war die Lagerung des Sprengstoffes bekannt, deshalb auch seine Ausrufung: „Es ist besser, daß ich sterbe!“ Von dieser Ausrufung kurz vor seinem Tode wurde auch der Schluß gezogen zur Dynamitexplosion, nur mit dem Unterschied, daß man annahm, es handelte sich nur um eine Dynamitexplosion in der Grube und nicht auf der Kasenhängebank. Die Dynamitexplosion ist das zweite Verbrechen der Lotterwirtschaft, die auf den Gruben des Eschweiler Bergwerksvereins besteht. Mir wird von einer Reihe von Kameraden auch versichert, daß auch auf anderen Gruben Sprengstoff an Stellen gelagert wird, die nicht dafür bestimmt sind.

Das Verbrechen läßt sich nicht vertuschen!

Wenn die Untersuchungskommission und die Herren der Bergbehörde bis jetzt noch nicht die Ursachen und den Verlauf der Katastrophe angeblickt haben feststellen können, so ist das ein Beweis, daß die Tatsachen so klar und einwandfrei für die unerhörte Schuld der Direktion und der Bergbehörde sprechen, daß sich kein Mittel finden läßt, um die Schuld zu vertuschen.

Brandstifter verübt Selbstmord

In Bildwedel in der Mark zündete der Gemeindevorsteher Winkelmann seine eigene Scheune an und stürzte sich dann in das Flammenmeer. Bei den Aufräumarbeiten fand man unter den Trümmern die verkohlte Leiche des Selbstmörders auf. Der Grund der Verweigerung ist angeblich nicht bekannt.

Ein Drama von Eifersucht und Haß

Der Nachterstedter Mordprozeß

Die Aufklärung der Bluttat an dem Arbeiterschinder Kramer wird immer verwickelter

Salberstadt, 25. Oktober. Auch der 5. Verhandlungstag im Nachterstedter Mordprozeß gegen den Heilgehilfen Koch, der beschuldigt wird, am Abend des 19. Februar den als Arbeiterschinder berüchtigten Direktor Kramer von der Konorddiagrube erschossen zu haben, hat immer noch keine Klarheit gebracht.

Am Sonnabend wurde zunächst der Zeuge Großmann vernommen. Er schildert den Angeklagten als einen guten Menschen. Koch der Verhajtung sei Frau Koch, die bekanntlich ihren Mann des Mordes bezichtigte, zu ihm gekommen und habe ihm gesagt, der Kriminalbeamte Kluge „hätte sie ganz verrückt gemacht bei der Vernehmung“. Der Zeuge verwahrt sich gegen die Behauptung, daß er dem Angeklagten die Patronen für die Mordtat geliefert habe. Im übrigen sei Frau Koch eine unglaublich unwürdige Person, die er wiederholt beim Lügen erwischt habe.

Die Schwägerin des Angeklagten, Frau Willi Koch, erklärt, daß Frau Koch bei einer Silberhochzeit gesagt habe, sie könne beschwören, daß am 18. und 19. Februar, also in der Zeit, als die Bluttat geschah, ihr Mann nicht aus dem Hause gegangen sei. Der zweite Bruder des Angeklagten verweigert die Aussage. Die Verhandlung wurde auf Montag vertagt.

Graufiges Geständnis

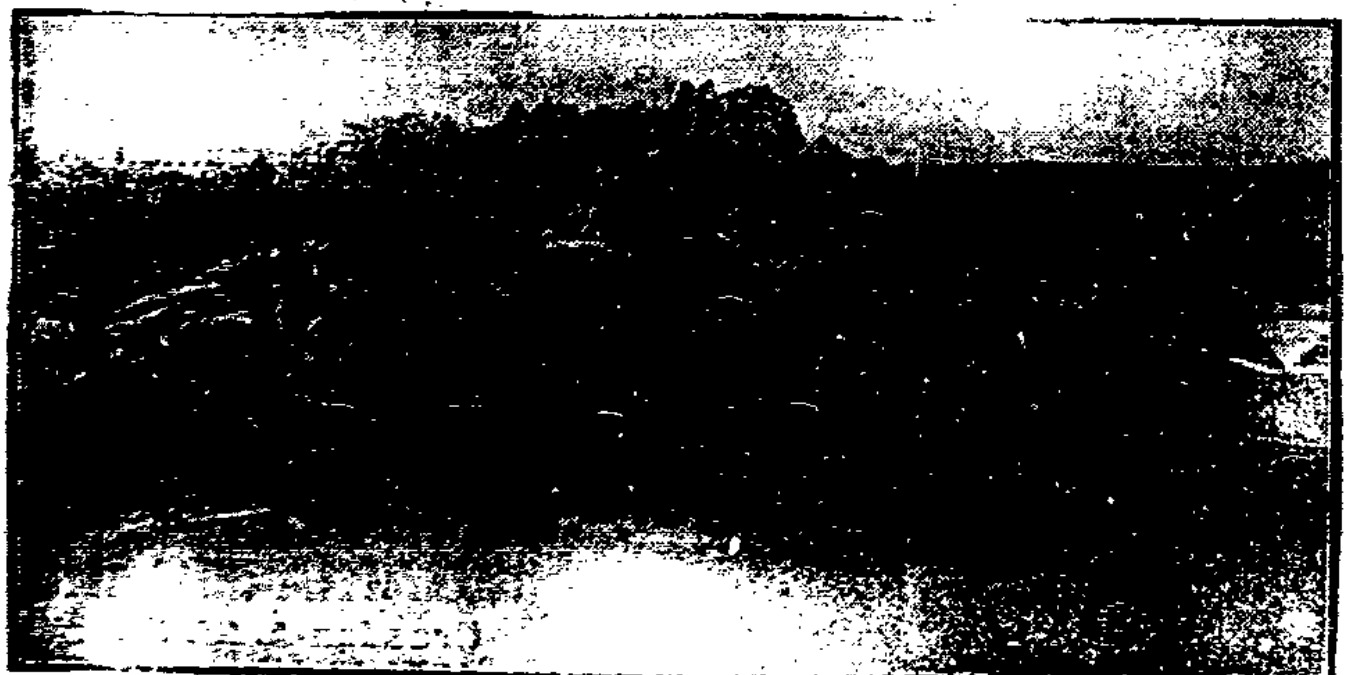
Seine Frau ermordet und verbrannt

Paris, 25. Oktober. Ein furchtbares Verbrechen ist am Freitag durch das Geständnis des verhafteten Schulbuchhändlers eines kleinen Ortes bei Rouen aufgedeckt worden.

Er bekannte, daß er in der Nacht zum letzten Sonntag seine Frau, die ihm aus Eifersucht Vorwürfe machte, durch Faustschläge auf den Kopf getötet habe. Um einen Unfall vorzutäuschen, trug er die Leiche in sein Auto, fuhr damit über Land und rannte schließlich zweimal gegen einen Telegraphenmast. Dann zündete er das Auto an, so daß die Leiche seiner Frau vollkommen verbrannte. Nach diesem graufigen Geständnis beging der Schulbuchhändler Selbstmord.

Flieger-Massentod in Frankreich

Vor einigen Tagen stürzte einer der bekanntesten französischen Kriegsfieger, Oberleutnant Happé, der Kommandant des XII. Bombenfliegerregiments, bei Ayville, unweit Lüttichs, ab. Er, sowie zehn Mechaniker waren sofort tot, das Flugzeug selbst wurde, wie unser Bild zeigt, vollständig zerstört.



Heute heraus um 20 Uhr Neumarkt
auf dem
Gegen den Faschismus - für Aufhebung des RFB-Verbots

Zyankali

Die „Na“ veranstaltet am Freitag, dem 31. Oktober, um 23 Uhr, im „Dell“-Theater eine Sonderaufführung des bekannten Konzils „Zyankali“.

Mordprozess Bamberg vor dem Schwurgericht

Ma. In siebenstündiger Sitzung verhandelte das Schwurgericht am Sonnabend gegen den 20-jährigen Gastwirtsgesellen Erich Luz und den um ein Jahr jüngeren Arbeiter Erich Burchardt, die beschuldigt sind, am 24. Februar den 75 Jahre alten Rentier Bamberg auf dem Oberdamm kurz vor Schaffgottsgarten ermordet, beraubt und dann ins Wasser geworfen zu haben.

Nach der Anklage gilt Luz, der Sohn des im vorigen Herbst verstorbenen Besitzers des Lokals „Jagdschloß Bartlein“, am Oberdamm, kurz vor Wilhelmshafen, als der Anstifter zur Tat. Bamberg, ein noch sehr rüstiger Mann, hatte an jenem Tage im „Jagdschloß“ etwas gezecht und auch einige Runden spendiert, da er dort draußen seit Jahren bekannt war.

Darauf soll Luz weggelaufen sein, um sich ein Alibi zu verschaffen, während Burchardt die Leiche über die Wiese nach einer Oberbühne schleppte, sie mit Steinen beschwerte und sie dann im Fluß versenkte.

Luz bestritt diese Darstellung. Er will an der Tat überhaupt nicht beteiligt sein. Er leugnet auch, mit Burchardt vorher etwas verabredet zu haben. Es hätte ihn gewundert, daß ihn Burchardt unterwegs immer anließ.

Antreten in den Stadteilen um 19 Uhr
West: Striegauer Platz;
Nord: Weihenburger Platz;
Süd: Friedrich-Ede Gräbischer Straße;
Ost: Boudlak, Königgräzer Straße 10;
Nordost: Girsch-Ede Bodstraße;
Zentrum: 18,30 Uhr, Neusche-Ede Wallstraße;
Jungpioniere: 18,30 Uhr, Wachtplatz.

bann passiert sei, wisse er nicht. Wie von Furien gepöbelnd sei er weggelaufen.

Sowohl die Schilderung der Angeklagten, die sich also in wesentlichen Punkten widerspricht. Burchardt ist der Typ eines dumpfen Trichmannschen, oft wird seine Berührung von hysterischem Schluchzen u. Weinen unterbrochen, und oft springt er in einem plötzlichen Wutanfall auf den Mitangeklagten los.

Da aber 4 Schupos in der Anklagebank postiert sind, kann er nicht an ihn heran. Er ist übrigens verheiratet, hat Kinder und war schon längere Zeit erwerbslos. Er will in einer Art Höflichkeit, Verhältnis zu Luz gestanden haben, und willenlos alles ausgeführt haben, was dieser ihm auftrag. Zudem sei er damals stark angetrunken gewesen. Die bei der Leiche des Bamberg gefundenen 50 Mark und eine goldene Uhr soll noch am selben Abend Luz von ihm bekommen haben, und ein großer Teil des Geldes ist tatsächlich noch in derselben Nacht verzecht worden.

Luz ist ein primitiver Mensch, so primitiv, daß er die ironischen Unterbrechungen des Vorsitzenden an Stellen seiner Schilderung, die stark unwahrscheinlich klingen, nicht für Ironie, sondern für bare Münze nimmt, womit nicht gesagt sein soll, daß wir die übertriebenen ironischen Bemerkungen des Landgerichtsdirektors Winter im Interesse der Wahrheitsermittlung für angebracht halten. Luz läßt sich durch nichts aus der Ruhe bringen, nicht einmal durch die gegen ihn gerichteten Wutausschübe des Mitangeklagten. Aber, wie gesagt, seine Darstellung des Sachverhalts war stark unwahrscheinlich. Zur Kennzeichnung der Persönlichkeit des Angeklagten Burchardt sei noch angeführt, daß, als sein Verteidiger in der Verhandlung den Antrag auf Unterbringung in eine Irrenanstalt zwecks Untersuchung stellte, Burchardt empört ausrief:

„Ich bin doch nicht verrückt... Ich will doch in keine Irrenanstalt...!“
Am 4 Uhr nachmittags werde die Verhandlung auf Montag verlagert, wo mit der Vernehmung der Zeugen begonnen wird. Das Urteil ist erst am Dienstag zu erwarten.

Städtischer Lohntarif verlängert
Wie wir erfahren, hat der Magistrat beschlossen, den städtischen Lohntarif bis zum 31. März 1931 zu verlängern.

Alle RGO-Anhänger in den städtischen Betrieben
werden aufgefordert, heute Montag um 19 Uhr im Lokal „Zum Gelben Löwen“, Oberstraße 23, zu erscheinen. Zur Verhandlung steht die Frage: „Welche Auswirkungen hat der Berliner Metallarbeiterstreik auf die Lohnbewegung der Breslauer Gemeindearbeiter, nachdem der Magistrat den Lohntarif verlängert hat?“

Klassenjustiz am Werk
In dem Landfriedensbruchprozess gegen vier Arbeiter am Sonnabend beantragte der Staatsanwalt gegen die Genossen Dohrer ein Jahr Gefängnis, Schäpke sechs Monate Gefängnis, Scholz drei Monate Gefängnis und Kühn Freispruch. Das Urteil lautete auf sechs Monate Gefängnis gegen Schäpke, die übrigen drei Angeklagten wurden freigesprochen. Ausführlicher Bericht folgt morgen.

Zentrum. Kampfbund gegen Faschismus. Am Dienstag, dem 28. Oktober, 20 Uhr, Vollversammlung. Sämtliche Mitglieder haben restlos zu erscheinen.

Die Breslauer Bevölkerung, die sich Ende August 1930 auf 612 000 Einwohner gestellt hatte, betrug Ende September 1930 nach der „Fortführung“ (zum Anfangsbestand werden die Geborenen und Zugezogenen hinzugezählt, während die Gestorbenen und Fortgezogenen davon abgerechnet werden) des städtischen Statistischen Amtes 612 871. Geborene wurden 700, Gestorbene 684 gemeldet, mithin ergibt sich ein Ueberschuß an Geborenen von 116. Die Zahl der Zugezogenen belief sich auf 4238, die der Fortgezogenen auf 3483, woraus sich ein Wanderungsgewinn von 755 errechnet. Zusammen mit dem Ueberschuß der Geburten über die Sterbefälle ergibt sich eine Zunahme der Bevölkerung um 871. Wir haben also 612 871 Einwohner.

Verantwortlich für den politischen Teil: Ernst Scheller, Berlin; für den Provinzialteil (außer Dörschleffen): Ernst Wallwede, Breslau; für Dörschleffen: Fritz Zandorf, Hindenburg. — Für Inserate: Karl Gander, Breslau.

Die Urabstimmung in den Siedlungen

Relativ schwache Wahlbeteiligung — Die sozialdemokratischen Bremser haben ihr Ziel vorerst erreicht — Empörung der sozialdemokratischen Mitglieder und Funktionäre

Der Kampf noch nicht beendet

Am gestrigen Tage fand in den Siedlungen Zimpel und Pöpelwitz und auch auf der Merckelstraße eine Urabstimmung der Mieter statt. Jeder hatte sich in geheimer Abstimmung zu entscheiden für Annahme des Magistratsbeschlusses oder für Einstellung der Mietenzahlung ab 1. November.

In Zimpel beteiligten sich an der Urabstimmung 1063 Personen. Es stimmten 1006 Mieter für den absoluten Streik, 57 für Annahme des Magistratsbeschlusses, und 20 Stimmen waren ungültig. Zimpel hat 2465 Haushaltungen. Rechnet man, daß etwa 660 Haushaltungen für den Streik nicht in Frage kommen (420 Neufmieter, 100 Neuzugezogene, 140 Einfamilienhäuser und Wohnungen mit Baukostenzuschuß), so ergibt sich, daß

55,9 Prozent der Mieter für den absoluten Streik gestimmt haben. Rechnet man die 660 Haushaltungen nicht ab, so ergibt sich eine Wahlbeteiligung von 43,9 Prozent und die Tatsache, daß 40,8 Prozent der Mieter bereit sind, in den absoluten Streik zu treten.

In Pöpelwitz haben sich an der Abstimmung 540 Personen beteiligt. Davon stimmten 108 für Annahme des Magistratsbeschlusses und 427 für absoluten Streik. Fünf Stimmen waren ungültig. Pöpelwitz hat 2060 Haushaltungen. Es haben sich also 26,2 Prozent der Mieter an der Urabstimmung beteiligt.

20,7 Prozent waren für den absoluten Mieterstreik. Auf der Merckelstraße sind 210 Haushaltungen. An der Wahl beteiligt haben sich nur 44 Personen. Hier wurde bereits in der Urabstimmung vorangehenden Versammlung beschlossen, das Magistratsangebot anzunehmen.

Ohne vorerst auf die weitere Entwicklung des Mieterkampfes eingehen zu wollen, ist es unseres Erachtens notwendig, die Ursachen aufzuzeigen, die zu dem eben wiedergegebenen Resultat der Urabstimmung geführt haben.

Der Vorschlag, mit dem Mittel des absoluten Mieterstreiks den Kampf zu verschärfen und den Magistrat bzw. die Siedlungsgesellschaft auf die Knie zu zwingen, ging von Zimpel aus. Und zwar war es der einstimmige Beschluß der Vertreter und der Anfang Oktober stattgefundenen Mieterversammlung. Obwohl die Mieterversammlung den Vorstand des Neumieterchutzverbandes ausdrücklich aufforderte, diesem Beschluß beizutreten und in den anderen Siedlungen in derselben Richtung vorzutreten, und obwohl der Sozialdemokrat Steffen die Erklärung abgab, daß der Vorstand das tun werde, sögerte der Vorstandsvorsitzende von Tag zu Tag, von Woche zu Woche und berief die allgemeine Vertreterversammlung zur Fällung der entscheidenden Beschlüsse erst am 21. Oktober ein. Hier trat Steffen für die Annahme des Magistratsbeschlusses ein. Der Gesamtverband bewa keine klare Stellung und vermochte die

Mehrheit — allerdings eine sehr schwache — der Vertreter zu beeinflussen, von der Empfehlung des absoluten Mieterstreiks abzuhalten. Am Freitag fanden in Zimpel und Pöpelwitz die Versammlungen statt. Der Sozialdemokrat Kalinke trat in Zimpel für die Annahme des Magistratsbeschlusses ein. In Pöpelwitz malten die Sozialdemokraten Stöpe, Kähler (erster Vorsitzender von Pöpelwitz) und auch Steffen den Teufel an die Wand und behaupteten, die Mieterorganisation werde in Trümmer gehen und den Mietern werde in keiner Weise geholfen werden können, wenn sie in den absoluten Mieterstreik traten.

Am Sonnabend und Sonntag nahm die Tagespresse zu den Versammlungen und zu der Urabstimmung Stellung. Die „Volkszeitung“ schrieb von der „kommunistischen“ Führung und riet von dem absoluten Streik ab. Die sozialdemokratische „Volkswoche“ machte in Kommunistenhefte und zählte in Fettdruck all die Unannehmlichkeiten auf, die den Mietern aus dem verschärften Kampf entstehen könnten, und lobte die Siedlungsgesellschaft für das Entgegenkommen, das sie allen zahlungsunfähigen Mietern angeblich zeigt.

Hinzu kam noch der Regen, der den ganzen Sonntag in Strömen goß, und so manchen von dem Gang ins Abstimmungslokal abgehalten haben mag.

All diese Ursachen zusammengenommen, bewirkten die schwache Wahlbeteiligung.

Es muß mit aller Deutlichkeit festgestellt werden, daß, nachdem die anderen Parteien von den kämpfenden Mietern abgerückt waren, nunmehr auch die Sozialdemokraten als Partei diesen Schritt gegangen ist. Die Schreibweise der „Volkswoche“ und das Auftreten der Herren Steffen, Stöpe, Kähler und Kalinke ließen an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Die Empörung in den Reihen der sozialdemokratischen Mieter, die seit Monaten und Jahren Schulter an Schulter mit den kommunistischen, parteilosen und „bürgerlich“ eingestellten Mietern für das gemeinsame Ziel gekämpft haben, ist sehr groß und wird weitere Forderungen haben. Die Tatsache, daß in Zimpel das Abstimmungsergebnis hundert und mehr Prozent günstiger als in Pöpelwitz ist, zeigt, wohin der Weg geht, wenn an der Spitze ein Sozialdemokrat Kähler (Pöpelwitz) steht und die Vertreter sich zu einer klaren und energischen Stellungnahme im Interesse der Mieter noch nicht durchgerungen haben.

Wir können den Steffen, Kähler, Kalinke versichern, daß die Mieter das letzte Wort über die Sozialdemokratische Partei und ihre Beauftragten noch nicht gesprochen haben. Die Ereignisse der letzten Wochen und Tage dürften den Mietern mit aller Deutlichkeit gezeigt haben, daß von allen Parteien nur die Kommunistische und von allen Reimern nur die Arbeiter-

Zeitung“ vorbehaltlos für die Mieterinteressen eingetreten sind und es auch in Zukunft tun werden.

Es ist möglich, daß die Herren im Magistrat und in der Zeitung der Siedlungsgesellschaft nach Kenntnisnahme des gestrigen Abstimmungsergebnisses sich als Sieger fühlen werden. Doch es gibt Siege, die gleich Niederlagen sind, und Niederlagen, die Voraussetzungen zu Siegen sind. Rund 165 Mieter von ganz Zimpel und Pöpelwitz haben sich eindeutig für Annahme des Magistratsbeschlusses entschieden. 1433 Mieter sind bereit, die Mietenzahlung restlos einzustellen. Es gibt in Zimpel Straßen, die zu 70 Prozent für den absoluten Streik gestimmt haben. Die Positionen der Mieter sind noch sehr stark. Wenn sie, gewichtig durch die Erfahrungen, jetzt daran gehen, an die Spitze des Vereins in Pöpelwitz und in den Vorstand des Neumieterchutzverbandes Personen zu stellen, die nicht bloß vorgeben, Mieterinteressen zu vertreten, sondern es tatsächlich tun, — dann werden die Mieter allen Feinden zum Trotz den Kampf für ihre Forderungen mit Erfolg führen können.

Der Vorstand des Neumieterchutzverbandes hat am Sonntagabend getagt und folgende Entschlieung zur Lage gefaßt:

„Die am Sonntag, dem 26. Oktober 1930, tagende Vorstandssitzung des Neumieterchutzverbandes Breslau G. B. stellt fest, daß die erforderliche Zweidrittelmehrheit (Uns ist von einer Bestimmung, wonach zur Führung eines Mieterkreises eine Zweidrittelmehrheit erforderlich wäre, nichts bekannt. — Die Redaktion der „A.-Z.“) für einen absoluten Mieterkreis durch die Urabstimmung am 26. Oktober 1930 nicht erreicht wurde. Ueber die weiteren Maßnahmen soll die am Dienstag, dem 28. Oktober, stattfindende Vertreterversammlung entscheiden. Bis dahin wird die im Kampfe sich befindliche Neubaumieterschaft aufgefordert:

- 1. Die von der Siedlungsgesellschaft Breslau AG. verhandten Rundschreiben sind vorläufig nicht zu beantworten; weil der Neumieterchutzverband von der Siedlungsgesellschaft die vollständige Niederlegung der Streitstände fordert.
2. Sich durch keinerlei Veröffentlichungen der Siedlungsgesellschaft und der einzelnen Zeitungen verwirren zu lassen und die Entscheidungen der Vertreterversammlung abzuwarten, die wir den Mietern halbwegs durch ein zweites Flugblatt bekanntgeben werden. Ueber die Höhe der Mietenzahlung für den Monat November wird die Vertreterversammlung ebenfalls endgültig beschließen. Nach dieser Entscheidung werden wir den Mietern noch diese Woche bekanntgeben

Beerdigungsanstalt G. Heymann
Bestattungs-Versicherung
Ueberführung und Feuerbestattung
Klosterstraße 97 — Zweiggeschäft Gräbnerstraße 87 — Telefon 527 17

... kämpfendes Volk schreit nicht der Tod!

Von R. Leski-Warschau

Die Kette der Gewalttaten und Betrügereien, mit deren Hilfe der Faschismus versucht, die Vertreter der revolutionären Arbeiter und Bauern vom Sejm fernzuhalten, ist um ein neues Glied bereichert worden. Die Reichswahlkommission hat einstimmig die Listen der Arbeiter- und Bauernvereine, der PWS-Linien, der Vereinigten Bauernvereine „Samopomoc“ (Selbsthilfe), des weißrussischen Arbeiter- und Bauernwahlkomitees „Imagane“ und der ukrainischen „Selbst-Einheit für ungültig erklärt, trotzdem sie mit tausenden Unterschriften versehen waren, um viele tausende mehr, als die vom Gesetz vorgeschriebene Zahl beträgt.

Das Verfahren, mit dessen Hilfe man den arbeitenden Massen Polens, der Westukraine, Westweißrusslands und Oberschlesiens die Reichswahlen geraubt hat, zeigt wieder einmal die Methoden der faschistischen Diktatur Pilsudskis in ihrem Kampfe gegen die Revolution, unterstreicht wieder einmal, daß immer, wo es um einen Angriff auf die werktätigen Massen geht, die oppositionellen Parteien — die Nationaldemokraten, die Zentralkommissionen, mit der PWS an der Spitze — in einer Front mit dem Pilsudski-Lager stehen.

Der Hauptwahlkommissar und Pilsudski-Faschist, Herr Gładki, stellt die Rechtmäßigkeit der Listen des Antifaschistischen Arbeiter- und Bauernbundes sowie die Authentizität der Unterschriften in Frage. Durch die politische Polizei läßt er untersuchen, ob die angebotenen Listen nicht „eine gewisse Verbindung mit der Komintern“ verraten. Zugleich versucht die Polizei, alle diejenigen, die unterschrieben haben, zur Zurücknahme ihrer Unterschriften durch alle möglichen Drohungen zu veranlassen.

Die Sitzung der Hauptwahlkommission. Der Nationaldemokrat Sawicki fordert, die kommunistischen Listen für ungültig zu erklären. Der PWS-Mann Buzak erhebt, um irrezuführen, wie gewöhnlich, Einspruch, und stellt fest, „daß die Kommission kein Recht hat, Listen aus politischen Gründen für ungültig zu erklären!“ Um die politischen Hintergründe zu verbergen, müssen Formalitäten herangezogen werden.

Der von der Kommission herbeigerufene Graphologe „untersucht“ die Authentizität der Unterschriften. „Hätten Sie die Echtheit vieler Unterschriften feststellen?“ fragte nachher der faschistische Reporter des „Illustrierten Tageskuriers“ den Graphologen.

„Mehr als Sechstausend.“ „Und wieviele falsche waren darunter?“ „Mehr als die Hälfte. Außerdem waren einige hundert unleserlich.“

Die ganze Untersuchung dauerte von 11 Uhr abends bis 1 Uhr nachts. Also zwei Stunden. Es hätten eigentlich drei Minuten genügt, denn der Gerichtsgraphologe wußte, wie er zu tanzen habe, wenn die faschistische Musik dazu auffiel.

„Auf Grund des Fehlens der vom Gesetz vorgeschriebener Anzahl authentischer Unterschriften“ hat die Kommission, in der nur zwei Pilsudski-Vertreter sitzen, der Rest aber von den „oppositionellen“ Parteien gestellt wird, einstimmig beschlossen, die Reichswahlen der revolutionären Arbeiter und Bauern für ungültig zu erklären. Das faschistische und sozialfaschistische Lager hat der revolutionären Bewegung die Möglichkeit geraubt, ihre Vertreter in den Sejm und den Senat auf Grund der Reichswahlen zu entsenden.

Nach mehr wurde ihr der Wahlkampf dadurch erschwert, daß die gemeinsame Nummer der lokalen Wahlkreise gestrichen worden ist. Aber mit um so größerer Fähigkeit stellt sich der

Wie die Sowjets die Landfrage lösen

Die ersten Maßnahmen der Sowjetregierung von West-Zulien

Schanghai, 25. Oktober. Die illegal erscheinende „Chinesische Arbeiterkorrespondenz“ berichtet folgendes über die Maßnahmen der vorläufigen Regierung der Sowjetbezirke in West-Zulien:

Die revolutionären Führer haben für die Aufstellung des Grundgesetzes an die landlosen und landarmen Bauern folgende Grundzüge festgelegt:

- 1. Die Zuteilung des Bodens erfolgt nach der Zahl der zu ernährenden Familienmitglieder; 2. Der Boden wird kollektiv bestellt.

Auf dieser Grundlage ist die Bodenverteilung unter größter Begeisterung der werktätigen Bauernschaft verwirklicht worden.

Alle gebrechlichen Personen und Greise sowie die Familien, deren arbeitsfähige Männer in der Roten Armee kämpfen und die deshalb ihren Boden nicht bestellen können, werden durch die Sowjets unterstützt. Alle übermäßigen Steuern und Zölle werden abgehebt; die Bauern führen in Zukunft nur noch 5 Prozent ihres Ernteertrages ab, die reichen Bauern zwischen 15 und 30 Prozent. Die Kaufleute bezahlen eine einheitliche progressive Einkommensteuer.

Zur Bekämpfung der Reaktionen wird von den breiten Massen der Arbeiterschaft und der Bauern eine energische Arbeit

geleistet. Fast alle Reaktionsäre wurden verhaftet, wobei die Beschlagnahme der Großgrundbesitzer fast durchweg durch ihre Richter erfolgte. Die Reaktionsäre wurden vor den „Ausschuß zur Vernichtung der Reaktionsäre“ gestellt, der auf Massenversammlungen das Verfahren gegen sie führte. Wenn ihnen eine tatsächliche konterrevolutionäre Betätigung nachgewiesen werden konnte, so wurden sie an Ort und Stelle hingerichtet.

Alle Arbeiter und Arbeiterinnen sowie die Bauern von 16 bis 40 Jahren treten in die „Rote Garde“ ein; alle im Alter von sechs bis 15 Jahren treten dem Kinderverband und der „Jugendvorhut“ bei. Die „Roten Gärten“ und die „Jugendhort“ dienen zum Schutz der sozialen Sowjetmacht und gleichzeitig als Reserve der Roten Armee.

Obgleich es an vorgebildeten Lehrern und Schulbüchern stark mangelt, werden überall, wo das nur möglich ist, Lenin-Schulen für die Kinder der Arbeiter und Bauern geschaffen; zur Ausbildung der politischen und militärischen Führer ist sogar die Schaffung einer provisorischen Universität in Angriff genommen worden. Außerdem sind zahlreiche öffentliche Krankenhäuser geschaffen worden, in denen die werktätige Bevölkerung umsonst behandelt wird.

13 Jahre Sowjetunion

Überall Vorbereitung der Oktoberfeier

Moskau, 25. Oktober. Die ganze Sowjetunion steht im Zeichen der Vorbereitungen zur Feier des 13. Jahrestages der siegreichen Oktoberrevolution.

Es wird geplant, während der Feiertage eine Anzahl Großbauwerke, neue Schulen, Geschäfte, Krankenhäuser usw. zu eröffnen. Arbeiter und Bauern, die sich besonders hervorgetan haben, sollen auf Studienfahrten ins Land entsandt werden. Die Feiertage werden mit einer großartigen Propaganda für die Hebung der Industrieerzeugung und für die Kollektivierung verbunden sein. Der Staatsverlag wird wiederum in großen Mengen Broschüren, Flugblätter und andere Literatur herausgeben.

Revolutionäre beherrschen PWS-Wahlversammlung

Faschistische Polizei unterstützt die sozialfaschistische Opposition

Warschau, 25. Oktober. In Krosno hat die sozialfaschistische PWS, die an der Spitze der Zentralkommission „Opposition“ gegen Pilsudski steht, eine Wahlversammlung veranstaltet. Die anwesenden Mitglieder der PWS-Linien, die zu dem Antifaschistischen Arbeiter- und Bauernbund gehören, erröten das Wort und landen bei den Versammelten großen Beifall, daß die sozialfaschistischen Führer sich genötigt sehen, die Versammlung aufzulösen und die Beherrschung der Kundgebung durch revolutionäre Arbeiter zu verhindern. In demselben Moment traf die faschistische Polizei Pilsudskis ein und jagte gemeinsam mit der sozialfaschistischen „Opposition“ mit Gewalt die Versammelten aus.

Antifaschistische Arbeiter- und Bauernbund dem Lager des Klassenfeindes und seiner Helfershelfer entgegen. Mit großer Energie und Opferbereitschaft führt er den Wahlkampf, bei dem Wahlkomitees, organisiert Versammlungen, Demonstrationen und meldet die lokalen Listen in allen Bezirken an, trotzdem auch dort ähnliche Gewalttaten, wie bei den Reichswahlen nicht ausgeschlossen sind.

einander und verhaftete einen der aktivsten revolutionären Arbeiter, Genossen Bangner, der gerade noch seine Rede hielt.

Im Wilnaer Gebiet wurden heute wiederum Hunderte von Kommunisten verhaftet, in Wolschin allein 40.

In Kowel hat ein Prozeß gegen 83 Kommunisten begonnen, die sämtlich des Hochverrats und der Vorbereitung eines bewaffneten Aufstandes gegen Polen beschuldigt werden. Es wird mit der Verhängung von hohen Strafen gerechnet.

Tausende politische Gefangene in Polen

London, 24. Oktober. „Daily Herald“ veröffentlicht ein Interview mit dem Generalsekretär des polnischen reformistischen Bergarbeiterverbandes, Herrn Standyt, der sich dieser Tage in London aufhält. „Es gibt gewiß über 1000 politische Gefangene in Polen“, erklärt dieser und bemerkt dazu, daß Pilsudski durch Terror und Einschüchterung eine Majorität bei den Wahlen für sich gewinnen will.

Herr Standyt hat jedoch mit keinem Wort erwähnt, was die polnischen reformistischen Gewerkschaften für die Befreiung der tausenden politischen Gefangenen und im Kampf gegen den blutigen polnischen Faschismus tun wollen.

Kurze Auslandsnachrichten

In Oesterreich haben zu den Parlamentswahlen 14 Parteien Wahlvorschläge eingereicht. Die KPÖ kandidiert in 22 von insgesamt 25 Wahlkreisen.

Der Finanzminister von Paraguay wurde durch ein Revolverattentat getötet.

Als Nachfolger Lord Irwins, dessen Amtszeit als Vizekönig von Indien im kommenden Frühjahr abläuft, soll Lord Curzon vorgezogen sein, der der Arbeiterpartei angehört.

Der neue finnische Reichstag nahm ein Vertrauensvotum für die faschistische Soini-Publik-Regierung an.

Der französische Kriegsminister Maginot hat sich nach Madrid begeben, um „das Bündnis Spaniens mit Frankreich zu festigen“.

Owen Young, der Vater des Young-Plans, ist zu Verhandlungen mit der britischen Regierung in England eingetroffen.



(Copyright des Internationalen Arbeiter-Verlags, Berlin.)

23. Fortsetzung

„Was meinst du, August?“ sagte Trauten, „ist das nicht gemein, was die Blödmänner machen? Die Gewerkschaften fordern zur Arbeit auf, die Zbioten aber stellen sich vor die Tore hin und legen päsig — es wird nicht gearbeitet!“

August Bramm war mit sich noch nicht fertig. Das Erscheinen des geschätzten Genossen war ihm darum peinlich. „Wir vergessen, daß wir nicht allein sind!“ erwiderte er. „Es sind noch andere da, die nicht mit dem, was die Gewerkschaften oder unsere Partei anordnen, einverstanden sind!“

Trauten wurde hibzig: „Sie können ohne die Organisation einen Dred!“

„Höre die Kumpels! Ich war heute früh mit auf dem Hütt! So an die neunzig Mann sind uns gefolgt, die Arbeit wieder aufzunehmen, neunzig Mann von einer fast dreitausendköpfigen Belegschaft! Das gibt zu denken.“

Trauten wurde noch erregter: „Morgen fährt alles an!“

„Die Masse folgt uns nicht!“

„Die folgt!“ erwiderte Trauten überzeugt. „Sie ist dem Ruf der Gewerkschaften gefolgt, in den Generalstreik zu treten. Sie wird sich auch den Gewerkschaften fügen, wenn die zum Abschluss des Kampfes aufrufen!“

Bramm schüttelte den Kopf. „Du täuschst dich, Kades, sie ist nicht gefolgt. Ich war dabei und habe manches gehört! Die Kumpels sind gegen die Grünen erbittert, und sie verzichten auf's Kreuz, statt der Aufforderung Folge zu leisten, unter den alten

Bedingungen die Arbeit aufzunehmen! Wie ein Blitzschlag hat die Nachricht von dem Anmarsch der Dortmund' er gewirkt. Wo du hinhörst, nur Haß und Aufsehnung — und mit Recht!“

Er betonte die letzten Worte so, daß es Trauten auffallen mußte. Der vorzog sein volles Gesicht zu einem höhnischen Grinsen. „Du scheinst ja nicht minder davon begeistert zu sein!“

„Unsere Regierung soll die Grünen aus dem Ruhrgebiet herausziehen“, sagte Bramm. „Sonst erlebt sie was!“

„So — — — und mit der Herstellung der Ruhe und Ordnung etwa die Spartakisten beauftragen, nicht wahr?“ Das höhnische Lachen in Trautens Gesicht vertiefte sich. Es wirkte gefährlich und abstoßend.

„Läß uns vernünftig reden, Kades. Ich erinnere dich, wir haben ja auch einmal von der Bewaffnung der organisierten Arbeiter gesprochen, was's nicht so?“

Trauten lachte gereizt auf. „Ja — einmal! Doch wie stellt du dir das vor? Glaubst du im Ernst daran, daß so was möglich ist? Die Regierung ist jedenfalls vorächtiger! Waffen in den Händen der Arbeiter sind gefährlich!“

Bramm sah ihn unwillig an. „Sie hätte in den Arbeitern eine viel stärkere Stütze als in den Grünen oder an der politisch völlig unzulänglichen Reichswehr!“

„Mensch, du scheinst ja radikal' als der verrückte Kaup! Ein Zeichen, daß du unsere Politik nie begriffen hat!“

„Ich denke augenblicklich sehr ernst darüber nach, Genosse Trauten! Ich sage dir, wenn es jetzt zu harten und blutigen Zusammenstößen kommt, dann tragen die Arbeiter keine Schuld, denn ein Viech heißt um sich und schlägt aus, wenn es die Prügel nicht vertragen kann!“

Trautens Gesicht behielt das Grinsen. Bramm empfand das Kränkende in dem Grinsen. Er vergewaltigte sich das frohe, lebendige Gesicht von Kaup, dessen Eifer und hoffnungsvolle Worte. Bramm hatte sich entschlossen.

Trauten hand noch immer und wartete. Er wartete umsonst! „Also, das nennst du Politik?“ — fragte er endlich voll Hohn.

„Arbeiterpolitik!“ ergänzte und betonte Bramm. „Die Politik der Moskowiter!“ — sagte Trauten verächtlich und griff nach der Türklinke.

Bramm zuckte mit den Schultern, wie einer, der sich seiner Laßt entledigt, und ging an den Kleiderbügel, wo er zu framen begann. Er haßte den Hohn mit all seiner Ehrlichkeit, aber auch den Betrug. Trauten hatte ihm mit seinem widerwärtigen Grin-

sen die Politik seiner Partei offenbart. Er zog aus einem Kleiderbüdel einen verrosteten Karabiner hervor, den er sich nach dem Umsturz zum Andenken aufbewahrt hatte. Dann ging er zum Tisch und nahm Fett aus einem Topf. Sorgsam fing er am an, den Karabiner zu säubern. Zuerst das Neuzere. Darauf auch das Laufinnere.

Seine Frau, eine kleine Selbstgeachtige, kam aus dem Dorf. Sie blieb erschreckt in der Mitte der Küche stehen. „Was machst du denn da?“ fragte sie. „Was willst du mit dem Gewehr?“

„Die Dortmund' er kommen, sie haben angegriffen und werden wohl in kurzer Zeit hier sein!“

„Was geht dich das an?“ — Ihre Augen wurden groß, die schmalen Lippen, zwischen denen ein paar schlechte Zehntumpfen saßen, begannen zu zittern. „Du willst doch nicht etwa mit den Verrücktgewordenen losgehen?“

„Ich geh' mit!“ — Bramm pußte weiter. Da sprang sie heran. Wild, mit sprühenden Augen. Die kleinen mageren Hände griffen nach dem Karabiner. Mit einem Ruck hatte sie ihn entziffen.

„Du gehst nicht! Ich will es nicht!“ schrie sie. Nun erwachte Bramms Troß. Er war mit einem Satz bei ihr: „Gib die Knarre her!“

„Und wenn du mich totschlägst!“ Sie wehrte sich. Ein hartes Ringen entstand zwischen ihnen. Zum ersten Male nach langen Jahren. Sie war eine treue Funktionärin ihrer Partei. Sie verteidigte ihre Partei mit dem Aufgebot ihrer ganzen Kraft.

Er kämpfte um die Waffe, die er brauchte, um mitzukämpfen zu können: „Gib her!“ „Nein!“ „Ich drehe dir den Arm aus!“ „Und wenn du mich ermüllst, nein!“

Sie stolperten, fielen hin, rangen sich heiß und in Wut um das Gewehr. Sie wehrte sich mit Nägeln und mit den spitzen Zähnen. Er zerbrach ihr fast die mageren Gelenke. Sie freischte. Er stuchte. Dann hatte er ihr das Gewehr entwunden.

Sie stand leuchtend vor ihm, streckte ihm die dürren Hände wie Krallen entgegen: „Geh', du Hund, aber komm' mir nicht wieder! Kannst ruhig verreden! Geh' zu deinen neuen Freunden, aber mit uns ist es aus!“

Er wischte sich das Blut aus den Kragwunden und lachte schnaufend, doch gutmütig. „Verdammtes Luder! Hat die Krallen!“

Die Reichskonferenz der Fußballsparte

Die Fußballsparte innerhalb der Kampfgenossenschaft für rote Sporteinheit hält am 1. und 2. November 1930 in Halle an der Saale, „Volkspart“, Burgstraße, die 1. Reichs-Spartenkonferenz ab.

- 1. Das einheitliche Arbeiten in allen organisatorischen und technischen Fragen.
2. Die bessere Zusammenfassung der Landesgebiete im Reichsmassstabe.

Die Richtlinien, welche nunmehr von der Reichs-Spartenleitung herausgegeben worden sind, sollen in allen Vereinen und Abteilungen rege diskutiert werden und der Konferenz Änderungsvorschläge dazu unterbreitet werden.

- 1. Sitzung der provisorischen Reichsleitung mit den Landes- bzw. Bezirks-Spartenleitern.
2. Sportpolitische Lage, Referent Genosse Priegele.
3. Diskussion.
4. Die Aufgaben der Reichsparte: a) Organisatorische, Genosse Keller; b) technische, Genosse Link; c) Schiedsrichterfragen, Genosse Köppchen.

10. Festlegung der Veranstaltungen im Reichsmassstab (Spartalade).

11. Wahl der Reichs-Spartenleitung. Im Interesse der oppositionellen Arbeitersportbewegung muß alles daran gesetzt werden, daß die Reichsparte der Fußballer ein nicht zu unterschätzendes Glied innerhalb der revolutionären Arbeitersportbewegung sein und bleiben wird.

Unaufhaltsames Wachsen der Opposition

Aus allen Teilen des Reiches, wo die sozialdemokratischen Bürokraten die Arbeiter-Sportbewegung gespalten haben oder es wollen, wird gemeldet, daß die Opposition sich überall im Vormarsch befindet und immer neue Anhänger um sich scharf.

Es rrah ist eine Hochburg des revolutionären Proletariats. Schon immer standen die Arbeitersportler in der ersten Reihe, im Kampfe gegen die Bourgeoisie. Das behagte den sozialfaschistischen Arbeiterverrätern keinesfalls.

Sport vom Sonntag

In Oels wurde gespielt!

Trotzlos war das Wetter des gestrigen Sonntags. Ohne Unterbrechung hielt Petrus die Schleusen des Regenwasserbassins geöffnet, so daß sämtliche in Breslau angelegten Spiele der Fuß- und Handballer ausfielen.

von Bildung werden erst recht neue Kämpfer zur Opposition ziehen.

Für alle Korrespondenten!

Künftighin müssen alle Manuskripte an die Redaktionen nur einseitig beschreiben werden. Unbedingt ist Tinte zum Schreiben zu nehmen, da Bleistift- und Kopierstiftschrift den Lesern große Schwierigkeiten bei der Arbeit macht.

Bezirksvorstand. Das Spielverbot für folgende Vereine ist aufgehoben: West, Bratislawia, Oslau und Hert. Für Reize, Union Deutsch-Billa und Bergel bleibt dasselbe bestehen.

Freie Turnerschaft Breslau. Turnwart, Bortuner, Spiel- und Sportleiter, Winterwart alle sämtlicher Männer-, Kinder- und Frauenabteilungen: Mittwoch, den 20. Oktober, 20 Uhr, wichtige Sitzung im Gewerkschaftshaus.

die Vorrunde um die Bezirksmeisterschaft ausgetragen. Darüber wird berichtet:

Sturm Breslau — Arbeiter-Turn- und Sportverein Namslau 6:1. Hundert unentwegte Zuschauer fanden sich im Döber Stadion ein, um ihren Meister spielen zu sehen.

Sturm auf Essen!

Der allgemein begeistert aufgenommene Roman „Sturm auf Essen“, der zurzeit in unserer Zeitung läuft, ist in Buchform in der Literaturstelle, Breslau, Oberstraße 23, zu haben.

Verhältnissen stark litt. Riesengroß waren die Anforderungen, die an die Spieler gestellt wurden. Kurz nach Beginn konnte Sturm durch den Linksaußen in Führung gehen, muß sich aber zehn Minuten später durch den Halbkreis der Namslauer den Ausgleich gefallen lassen.

Bezirksvorstand. Am Sonntag, dem 2. November, besteht bis 12 Uhr Spielverbot. Es spielen um 9.30 Uhr auf dem Spartaplatz am Schlachthof W2. Breslau — VfB. Brieg. Schiedsrichter, Torrichter und Linienrichter bleiben dieselben wie am Sonntag, dem 26. Oktober.

Handball in der Provinz

Zu Serienpiel standen sich in Oepeln Vorwärts-Oepeln und Vorwärts-Kreuzburg gegenüber. Der aufgemerkte Platz beherrschte beide Mannschaften stark.

VfL 1920. In der Generalversammlung am 20. 10. wurde folgender Vorstand gewählt: 1. Vorsitzender G. Scholz, Gaudauer Straße 52; 1. Kassierer Paul Gracjak, Berliner Straße 52; 1. Schriftführer Konrad Rogalki, Jinnaststraße 1; 1. Sportwart Gerhard Fehner, Gaudauer Straße 10.

VfB. Die Generalversammlung hatte folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender Konrad Bieber, Schillerstraße 17; 1. Schriftführer Kurt George, Schwerstraße 7; 1. Kassierer Erich Reisch, Gabisstraße Nr. 121; Sportwart Erwin Gnidmich, Gabisstraße 133.

Bezirksrat 1. Bezirk. Sonnabend, 1. November, 19.30 Uhr, im Kartellbüro, Friedrich-Wilhelm-Straße, Bezirksratsitzung. Kreisrat 14. Kreis. Donnerstag, den 30. Oktober, 20 Uhr, im Kartellbüro, Kreisvorstandssitzung.

Arbeiter-Angewandter Verein Einigkeit. Mittwoch, den 29. Oktober, 20 Uhr, Vorstandssitzung bei Thielacher, Carvelstraße 32.

Verhandlungsausschuß. In den Ladungen für den 29. Oktober muß es heißen: 20.45 Uhr Vereinsvertreter VfA, Schiedsrichter Klante-Wader, nicht Vereinsvertreter Vf2.

Die RGI

im Angriff!

Eine Broschüre, die das Referat und Schlußwort Losowskis, die Thesen und die Resolution enthält, 119 Seiten stark ist und nur 20 Pfennig kostet. Bestellt sofort bei der Bezirks-Litstelle und bei allen RGO-Funktionären.

Der bürgerliche Fußballbund will die Berufsspieler wieder aufnehmen

Die Fäulnis im bürgerlichen Sport nicht mehr zu verbergen — Arbeiter, heraus aus jenen Verbänden!

—a—. Die Vorgänge im Deutschen Fußballbund, der größten bürgerlichen Sportorganisation, werfen auf die Zustände im gesamten bürgerlichen Sport ein bezeichnendes Schlaglicht.

Ist an sich diese Tatsache schon höchst bemerkenswert, so ist das, was nach dem Ausscheiden dieser „Spitzenpieler“ erfolgte, noch symptomatischer. Der Vorstand des Fußballbundes hat sich nach dieser Teiltrennung nicht etwa hingeeßt und den in starken Worten schon oft angekündigten „einen Tag“ gemacht.

Das heißt also, daß der alte Zustand wieder weitergehen soll. Nach außen hin soll auch ferner die Mär aufrechterhalten werden, daß man ihm bürgerlichen Lager nur um der „Ideale“ willen Sport treibe, während es eine altbekannte und durch die letzten Vorgänge in aller Deutlichkeit bewiesene Tatsache ist, daß die sogenannten „Kanonen“ für ihren „Sport“ bezahlt werden.

An die Arbeitersportler aller Länder!

Die finnische rote Arbeitersportbewegung verboten

Der Terror der faschistischen Lappo-Regierung in Finnland gegen die revolutionäre Arbeiterschaft greift immer mehr um sich. Nachdem man planmäßig die Führer des revolutionären Proletariats verhaftet und in die Gefängnisse warf, der Mord an revolutionären Arbeitern Orgien feierte, gehen jetzt die faschistischen Banditen dazu über, die revolutionären Arbeiterorganisationen mit Hilfe der Regierungsorgane zu unterdrücken.

Alle Arbeiterorganisationen, auch die Arbeitersportvereine, die „kommunistisch“ verdächtig sind, wurden durch die finnische Regierung verboten.

Vor allen Dingen befinden sich darunter alle die Vereine, die von der reformistischen Bürokratie des finnischen Arbeitersportverbandes, einer Sektion der RGI, ausgeschlossen wurden. Hier zeigt sich mit aller Deutlichkeit, wie die reformistische Sportbürokratie Finnlands mit der Luzerner Sportinternationale praktisch den Faschisten in die Hand arbeitet.

ganzen Kimmel bezahlen. Immer wieder muß daran erinnert werden, daß unter den Anhängern des bürgerlichen Sportes leider noch sehr viele Arbeiter sind.

Das heuchlerische und betrügerische Doppelspiel, das in diesen Tagen im bürgerlichen Fußballbund getrieben wird, zeigt die innere Fäulnis dieser Sorte „Sport“, die sich nur halten kann, wenn sie sich ihre Kellamänner kauft.

Mit solcher Sportauffassung kann kein Arbeiter etwas gemein haben. Wird sie doch sogar im bürgerlichen Lager selbst in ihrer ganzen Schädlichkeit gekennzeichnet, wie das durch eine „Erklärung“ des bürgerlichen Hockey-Bundes geschieht, in der es heißt:

„Die öffentlichen Auseinandersetzungen über die Frage des Amateurgedankens geben dem Deutschen Hockey-Bund Veranlassung, die deutsche Sportwelt und ihre Führer vor jeder Konzession an den verfluchten Professionalismus eindringlich zu warnen. Jede Abweichung von dem unverrückbaren Grundfals, daß der Sport ein freiwilliges Spiel, nicht aber eine einbringliche Betätigung sein soll, erzischt zur Unwahrhaftigkeit und macht uns die Erreichung unseres Zieles der körperlichen und charakteristischen Erziehung der Jugend durch den Sport unmöglich.“

Wir haben dem nichts hinzuzufügen. Arbeiter im bürgerlichen Sportlager! Heraus aus den Reihen des Schwindels, des Betruges, der geistigen und finanziellen Korruption! Euer Platz ist an der Seite der roten Sportler!

hat durch ihre Spaltungspolitik, hat durch ihre Heke gegen die revolutionäre Opposition in Finnland den Faschisten billige Argumente für das Verbot der revolutionären Arbeitersportvereine gegeben.

Die Arbeitersportler aller Länder müssen ihre Stimme gegen das Verbot der revolutionären Arbeitersportvereine in Finnland erheben. In allen Vereinen, auf allen Versammlungen müssen Resolutionen angenommen werden, die den revolutionären finnischen Arbeitersportlern ihre Sympathie ausdrücken und die gegen das Verbot ihrer Organisationen durch die faschistische finnische Regierung protestieren.

Kampf gegen den Faschismus im eigenen Lande zu organisieren. Kampf dem Faschismus im eigenen Lande heißt gleichzeitig Unterstützung der unterdrückten und verfolgten Arbeitersportler Finnlands. Kampf gegen die verbrecherische Politik der Luzerner Sportinternationale, deren demagogisches Geschrei von der angeblichen Sympathie mit den verfolgten Arbeitersportlern der verschiedensten Länder nicht davon ablenken darf, daß es die Reformisten der RGI, sind, die in allen Ländern Wegbereiter des Faschismus sind.

Es lebe die revolutionäre Arbeitersportopposition Finnlands! Kampf dem Faschismus und Sozialfaschismus! Es lebe die revolutionäre Einheit der Arbeitersportbewegung! Exekutive der Roten Sportinternationale.

A Empfehlenswerte Geschäfte in Breslau

Gebrüder Wolffs Gaststätten in allen Stadtteilen!

Zentrum

Union-Weinhaus
Bestger: Willy Neumann
Weisse-Brüchchen-Bar
Neue Gasse 2 Tel. 25005
1547

Albert Otsche, Reuschestr. 29/31
Bekannt als leistungsfähig in Leder- u. Schuhbedarfsartikeln
Zweigstellen: 1. Gräbschener Str. 19 21 / 2. Mollkestr. 14
3. Bohrauer Straße 27 / 4. Poststraße 7
Einkaufsquelle sämtlicher Werkstoffe!
1784

P. Pohl Schokoladen, Kakao, Zuckerwarenfabrik
Filialen in allen Stadtteilen 1217

Metallbettstellen / Matratzen
Gaskocher
Beier & Olowinsky o. m. b. H.
Herrenstraße 31 1576

Menzels Brauerei - Ausschank
Verkauf von 3-Kronen-Jungbier
Kupferschmiedestr. 5/0, Fernr. 58117
1710
Bestempfohlene warme und kalte Küche
Reichhaltige Mittag- und Abend-Karte

Mäntel und Hut
kaufen Sie gut bei
ROBERT SCHUPPE, Nikolastr. 34
1708

„Alkazar“
Die Unterhaltungsstätte
des Volkes!
Direktion Gust. Büttner
1778

W. Kelling
reinigt / färbt / wäscht 1272

NÄHMASCHINEN
für Haushalt, Heimarbeit u. Gewerbe
10 Mk. Anzahlung, 2,50 wöchentl. Ratenzahlg.
Jos. Greulich, Mechanikerstr.
Herrenstraße 24 Tel. 507 65 1588
Reparaturen und Ersatzteile für alle Fabrikate

„Zur gold. Marie“
HÜBNER'S Brauerei, Breitestr. 39
selbstgebraute Biere, anerkannt
preiswerte und gute Küche
1709

CARL PAUL, Schrotgasse 3/5
Getreide-Dampfbrennerei
Spezialbrot „Friedens-Crème“
1274

Uhren, Gold- und Silberwaren
ARNOLD ROSENTHAL
Neue Schmiednitzer Straße 5
Beste Bezugsquelle für
Arbeiter, Angestellte u. Beamte
1941

Für die Augen
Heidrich
Optikermeister • Stadttheater gegenüber
1707

Georg Greulich, Breslau I, Hummerstr. 52
Abteilung 1. Nähmaschinen Original Dürkopp, Phoenix, Mercedes, Kayser
Abteilung 2. Fahrräder Original Dürkopp, Panther, Pflü, Kayser, Diamant
Abteilung 3. Sprechapparate und Platinen
Reparaturwerkstatt Telefon 53168
Weitgehendste Zahlungserleichterung!
2024

RESERVIERT

Brauerei u. Ausschank
„Zum groß. Meerschiff“
Inf. G. Woynt
Breslau, Reuschestr. 28
(1 Minute vom Königsplatz)
Telephon 50638
Ausschank nur selbstgebraut. Biere
Anerkannt gute Küche
Mittagsisch von 12 bis 3 Uhr
1710

Denk an die Deinen
durch Abschluß einer Bestattungs- oder Lebensversicherung beim
Volkswohl-Bund
Allg. Bestattungs- und Versicherungsverein a. G. Berlin. Bezirksdirekt. Breslau, Junkernstraße 12
Geschäftsstellen an allen größeren Plätzen der Provinz Schlesien und Oberschlesien
2090

GENOSSEN!
Deckt euren Bedarf in der Fleisch- und Wurst-
warenfabrik **ALFRED EIFLER**, Reuschstraße 57
1281


DIE Zigaretten für ALLE

Haus Bergmann
Zigarettenfabrik AG, Dresden
1209

Südfische- und Feinkost-Haus
EDUARD SCHÖNFELDER, Neue Taschenstr. 17
im Hotel „Kronprinz“ Tel.: 297 31
2019

HOTEL „GELBER LÖWE“, Oderstr. 23
Treff • sämtlicher Werkstätten
Fremdenzimmer zu erm. Preisen
2023

Kauft bei
Blasse!
Blasse ist billig!
Breslau, Graupenstr. 6-10
1276

 **Theodor Buchali**
Zwingerplatz 2
und Filialen
Vogelfutter / Vogelkäfige
Käfig-Utensilien 1713

A. M. Remak, Kupferschmiedestr. 37
zwischen Schmiebrücke u. Oderstr.
Lederhandlung, Schuhmacherbedarfartikel
Lederauschnitte billigst
1940

FRANZ MOTZEK, Nikolaistr. 24
BÄCKEREI u. KONDITOREI
1554

MILCH, MÖLKEREIPRODUKTE und
LEBENSMITTEL
Martha Nauerth, Breite Straße 6
1558

Bäckerei
SIEGFRIED FRIEDLÄNDER
Ohlaustr. 39
empfiehlt Qualitätsgebäck aller Art
1275

West

Zentral-Theater / Ballsäle
Breslau 6 / Westendstraße 50/52
Inhaber: Alfons Hahn / Fernruf 23429
1282

Reserviert

RESERVIERT 1397

Fleischerei und Wurstfabrik
PAUL GILLER, Alsenstraße 4
1390

MAX KUMMEL
Fleischerei und Wurstfabrik
Friedrich-Wilhelm-Str. 107
1714

Fleischerei und Wurstfabrik
HERM. LOREK, Alsenstraße 68
1391

Kauft Blumen und Kränze
bei Frau **ELISABETH ROESSLER**
Alsenstraße 26
1388

Fleischerei und Wurstfabrik
EDUARD GUNDLACH, Alsenstr. 53
Filialen: Westendstr. 100 u. Katschestr. 5
1392

ALFRED WOLF
Eisenhandlung, Haus- u. Küchengeräte
das größte Spezialgeschäft des Westens
Alsenstraße 50, Ecke Leuthenstraße
1339

Fischwaren - Räucherwaren
HUGO ULLMANN
Friedrich-Wilhelm-Straße 99
1393

Mein-Drogerie
WILLY KLINERT
Leuthenstraße 12/14
1395

Fleischerei und Wurstfabrik
RICH. DREIUCKER
Westendstraße 43
1399

Glückauf-Apotheke
Zehnerstraße 3 a
1549

KARL MILDE
Kohlenhandlung und Fuhrgeschäft
Posener Str. 70. - Tel.: 585 74
1719

Kolonialwaren, Delikatessen, Konserven
Weine, Zigaretten, Zigarren, Tabakwaren
FRANZ RZEHULKA
Alsenstraße 48, Ecke Leuthenstraße
1230

Kaufhaus
EMIL SCHMELZ
Friedrich-Wilhelm-Straße 25
2021

KAISER-FRIEDRICH-APOTHEKE, Th. Grundke
Anfertigung von Rezepten sämtl. Krankenkassen
Friedrich-Karl-Straße 25, Ecke Alsenstraße
1553

FLEISCHEREI und WURSTFABRIK
Alfred Wolf, Ohnerstraße 3a
1548

FLEISCHEREI und WURSTFABRIK
Agnes Berndt, Langs Gasse 58
1555

Fisch-Spezialgesch.

K. Schinzel, Frankfurter Str. 127
1890

RESERVIERT! 1550

Wollins Festsäle, Frankfurter Str. 109/11
Jeden Sonntag und Dienstag Tanz
Saal zu Festlichkeiten
1717

SCHUHWAREN
nur bei
WILHELM VOGEL
Scheitniger Straße 12
Friedrich-Wilhelm-Straße 66
2022

Reserviert

Konrad Stanke, Frankfurter Str. 166
Eisenwaren, Haus- und Küchengeräte
1718

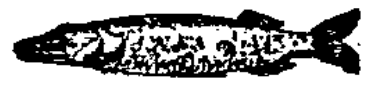
BACKER I KONDITOREI
G. ZOROWSKA
Westendstraße 65
1398

Nord

Gaststätte Blumenthal vorm. Windisch
Matthiasstr. 146
empfiehlt gutgepflegte Biere und Getränke
Anerkannt gute Küche / Aufmerksame Bedienung
1570

MOBEL
Doroway
Matthiasstr. 116
100 Mus. Zimmer
u. Einzimmermöbel
Zahlungserleichterung

Gustav FEIERTAG, Elbingstraße 5
Bäckerei u. Konditorei
1705


HEDWIG DEPTA, Gaisenerstr. 8
FISCH-SPEZIAL-GESCHÄFT
1552

EDUARD HOFFMANN
Molkerei
Weißburger Straße 34
1545

Schuhwaren / Reparaturwerkstatt / Maßarbeit
KARL WOLNY
Waterloostraße 11
1564

F. KOHN, Kospothstraße Nr. 18
Fischwaren-Spezialgeschäft
1706

Gut und preiswert kaufen Arbeiter
in der Bäckerei
F. BERGER, Kreuzstraße 58
1937

Möbelhaus Paul Rogoll, Matthiasstr. 59
kauft man gut und billig!
1701

Hans FAULHABER, Trebnitzer Str. 46
Kolonialwaren
und Lebensmittelgeschäft
1715

W. ZEMBROD
Waterloostraße 11
Kolonialwaren
Spirituosen
1547

M. SCHOLTZ, Orlauerstraße Nr. 15
Kolonialwaren / Konserven
Spirituosen / Weine
1704

Gaststätte „Zum Lessing“
Adalbertstraße 10
Treff • sämtl. Werkstätten
Saal für Vereinsfestlichkeiten
1557

 **Fisch Aberle**
Matthiasstr. 159
1854

Drogerie „Zum alten Kurfürsten“
RICHARD ELISON
Matthiasstraße 161/63
1700

Kolonialwaren / Delikatessen
EMILIE STRAUCH, Matthiasstr. 96
1568

FRITZ MÜLLER
MÖHLENIEDERLAGE
Spezial: Mehl, Vogelfutter, Sämereien
Matthiasstr. 85
1559

Hut-Hönisch
Matthiasstraße Nr. 139
1880

Paul Herrmann
Bäckerei u. Konditorei
Trebnitzer Straße Nr. 64
1560

ERNST FRENZEL, Matthiasstraße 142
Bäckerei u. Konditorei
1703

Kolonialwaren / Spirituosen
JOHANNES LUBINSKY
Matthiasstraße 89
1571

Fleischerei u. Wurstfabrik
ERNST BUNKE, Ottostraße 24
Telephon: 448 50
2017

K. Salomons Gaststätte, Rosenstr.
Treffpunkt sämtl. Werkstätten
1564

Fleischerei und Wurstfabrik
FAUL BERNDT
Weißburger Straße 4
1543

Julius RAUCHFUSS, Scheitniger Str. 33
Gaststätte / Fabrikation
und Verkauf von Spirituosen
1838

Hermann Lange, Matthiasstraße 183
Lebensmittelgeschäft, Wild u. Geflügel
2018

FRANZ MÜLLER
BRESLAU, KLOSTERSTR. 39
FERNRUF 29820
Erd-, Feuerbestattungen
Bestattungsversicherung
Niedrige Preise
1699

Kolonialwaren / Spirituosen
HEINRICH TITZE NACHFL.
Trebnitzer Straße 52
1562

ANTON MAKOSCH, Matthiasstr. 48
Fisch-Spezialgeschäft
2020

Das echte
Schlatterbrot
Vollkornbrot
HERMANN SCHOLZ, Bäckermeister
Gräbschener Str. 68
1935

Eduard Sternitzke, Lewaldstr. 8
Fleischerei u. Wurstfabrik
1712

Konkurrenzlos billiger Einkauf
im Selbsthaus mit Wurstspezialien
Gabitzstraße 4
Wiederverkaufte Sonderpreise!
1939

SCHUHHAUS FRÖHLICH
Spezialhaus
für Herren-, Damen- und Kinderschuhe
Klosterstraße 85
2113